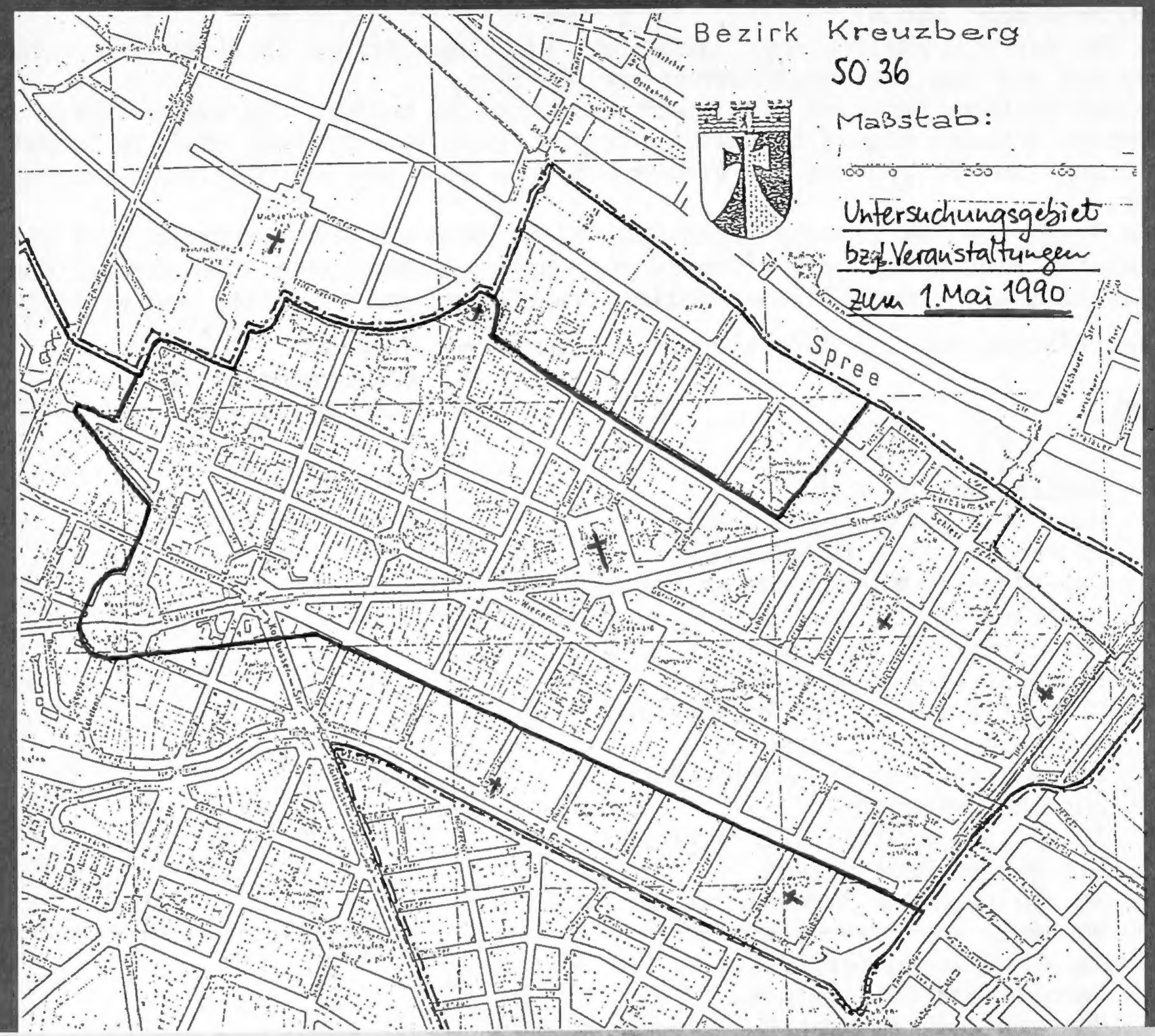
INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM





Nr. 96

29. März 1990

VORWORT:

Das "Schlachtfeld" für den 1.Mai wird schon von den Herrschenden präpariert - fehlt nur noch, daß jeder Kreuzberger Kleinpflasterstein durchnumeriert und über den 1.Mai sichergestellt wird. Auf dem Titelbild seht ihr die Grenzen, die die Bullen ziehen und nebenan einen Brief an Kreuzberger Firmen.
Alles richtig zu machen reicht offensichtlich nicht aus - zur Werra-Block-Demo wurde mit einem guten Flugi, Plakaten und Kundgebungen mobilisiert und trotzdem kamen nur ca.200 Menschen. Warum?
Danke für die Süßigkeiten (nur liegen uns die Gummibärchen im Augenblick schwer im Magen) und auf das Freßpaket freuen wir uns schon.
Aus einer Sprühaktion eine "Volxsporterklärung" zu machen, die weder witzig ist noch gewichtige Inhalte mitteilt, halten wir für etwas übertrieben; deshalb landet die "Erklärung" zur Besprühung der Füßgängerbrücke über den Goerdelerdamm-Autobahn im Ordner.
Zu dem Flugi zum "Aktionstag gegen Gewalt" möchten wir noch bemerken, daß wir den Reformisten diesen Tag auch offensiv wegnehmen könnten: gegen die alltägliche Gewalt des Kapitalismus, gegen Bullen, SozialplanerInnen, und so weiter und so fort.

Briefe, Beschwerden und Bestellungen wie immer an: **Interim**
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

INHALT:

Seite	
3	Bezirksamt zum 1.Mai
4 - 7	Zum "Aktionstag gegen Gewalt"
8	Protokoll des 1.Mai-Plenums
9	Ost-West-Handelszentrum am Moritzplatz
10	LeserInnenbrief zu "Militanten Perspektiven"
11	Internationalistisches Zentrum
12	Redebeitrag der Brümmerstr.
13	Offener Brief an die Brümmerstr.
14	Kastanienallee 86 besetzt
15	Redebeitrag von Karl-Heinz Roth
16-19	Zur Shell-Kampagne
20-21	Interview zu Anti-Shell-Aktionen
22-23	Nie wieder Deutschland
24-28	Redebeitrag aus Marburg zum HS
29-32	Nochmal. zur "Knipselkraant"
33	Straßenfest in der Lübbi
34-35	Termine und Tellerminen
36	Hungerstreik in Moabit

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Bezirksamt Kreuzberg von Berlin
Abt. Bau- und Wohnungswesen
Tiefbauamt

BERLIN

Bezirksamt Kreuzberg, Yorckstraße 4-11, D-1000 Berlin 61 (nur Postanschrift)

Dienstgebäude:
Hallesches Ufer 80
D-1000 Berlin 61

Geschäftszeichen (bitte immer angeben)	Bearbeiter	Zimmer		Datum
Tief AL			2588-	März 1990

Vermittl.:
Intern (981)
Telex-Nr.:

Betr.: Abstellen von Bauwagen, Bau-, Schutt- und Abfallcontainern sowie Lagerung von Bau- und Pflastermaterialien o. ä. auf öffentlichem Straßenland in Berlin Kreuzberg SO 36

Anlg.: 1 Planausschnitt

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wiederum wendet sich heute das Bezirksamt Kreuzberg mit der Frage an Sie, ob Ihre Sondernutzung des Straßenlandes im Zeitraum vor dem 1. Mai 1990 in dem angegebenen Bereich (s. Anlage) auf das unumgängliche Maß eingeschränkt bleiben oder gar aufgeschoben werden kann. Da es jeweils am 1. Mai in den Vorjahren zu z. T. erheblichen Ausschreitungen in SO 36 gekommen ist, sollte auch in diesem Jahr verhindert werden, daß Bauwagen, Bau- und Pflastermaterialien o. ä. als Gegenstände für Ausschreitungen mißbraucht werden können.

Gemeinsam mit der Polizei werden die Dienstkräfte des Tiefbauamtes an Ort und Stelle Anweisungen zur Sicherung der Baustellen geben. Wir bitten um Verständnis und um gute Zusammenarbeit.

In der Hoffnung, wie auch in den vergangenen Jahren keine Fehlbitte an Sie gerichtet zu haben, grüßen wir Sie freundlich.

Günter König
Bezirksbürgermeister

Fahrverbindungen:
U-Bahn Gleisdreieck
Bus-Linien 29

Zahlungen bitte bargeldlos nur an die Bezirkskasse Kreuzberg D-1000 Berlin 61

Kontonummer	Geldinstitut	Bankleitzahl
34 16-104	PGiroA Bln	100 100 10
0 610 003 607	Spk Berlin West	100 500 00
0 500 165 000	Berliner Bank AG	100 200 00



Der Verein SO36 hat eine "Kampagne gegen die Gewalt"im Kiez begonnen
Wir einige Menschen aus verschiedenen autonomen Gruppen,begrüßen Aktionen, die sich gegen Gewalt richten.Uns begegnet täglich die Gewalt in ihren vielfältigsten Formen und bedrängt uns in allen lebenswichtigsten Bereichen:

-Momentan nehmen Angriffe von Neo-Nazis auf ihnen nicht genehme Menschen zu.
-Als Frau bist du gezwungen in ständiger Alarmbereitschaft durch die Strassen zu gehen,denn du wirst von Männern belästigt,nicht in Ruhe gelassen und zunehmend bedroht(seit Sylvester sind im Kiez 11 Frauen außerhalb ihrer Wohnungen vergewaltigt worden).
-Pornos
-Frauen bekommen für die gleiche Erwerbstarbeit immer noch weniger Lohn als Männer.Zusätzlich sind sie meist noch alleine zuständig für die unentgeldliche Hausarbeit und Kinderversorgung(Der Arbeitstag einer Frau dauert über 12 Stunden).
-Ausländische Menschen ,die hier Zuflucht suchen,werden in ihre Folterzellen, in den Tod oder/und in die Armut aus der sie flüchteten,abgeschoben.(Wir brauchen diese Armut,um z.B.billig Kaffee trinken zu können).
Die hier lebenden ausländischen Menschen müssen dauernd mit staatlichen und rassistischen Angriffe rechnen.

-Unsere Mieten verschlingen einen immer größer werdenden Teil unseres Lohnes.

-Wer das den Hausbesitzern nicht bezahlen kann,wird z.B.Zwangsgeräumt und/oder findet erst gar keine Wohnung.In Berlin gab es schon vor der Maueröffnung ca.11000 Obdachlose.

-Die Menschen,die nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben,werden wenn sie nicht mehr von der Freien Marktwirtschaft verwertbar sind,noch dazu benutzt Arbeitende unter Druck zu setzen - es gibt genügend die deine Stelle sofort einnehmen würden.

- Knastsystem, mit dem immer mehr Menschen konfrontiert werden, die sich in dieses gewaltätige System nicht länger reinpressen lassen.

Das sind nur einige Beispiele für die Gewalt ,von der wir täglich betroffen sind.Doch diese Gewalt im Kiez meint der Verein SO36 nicht,wenn er sich gegen die Gewalt im Kiez ausspricht.Mit diesem Aktionstag soll Stimmung gemacht werden gegen alle,die sich gegen diese Zustände wehren.Doch wie der olle Brecht schon sagte:

DASS DU DICH WEHREN MUSST
WENN DU NICHT UNTERGEHEN WILLST
WIRST DU JA WOHL EINSEHEN



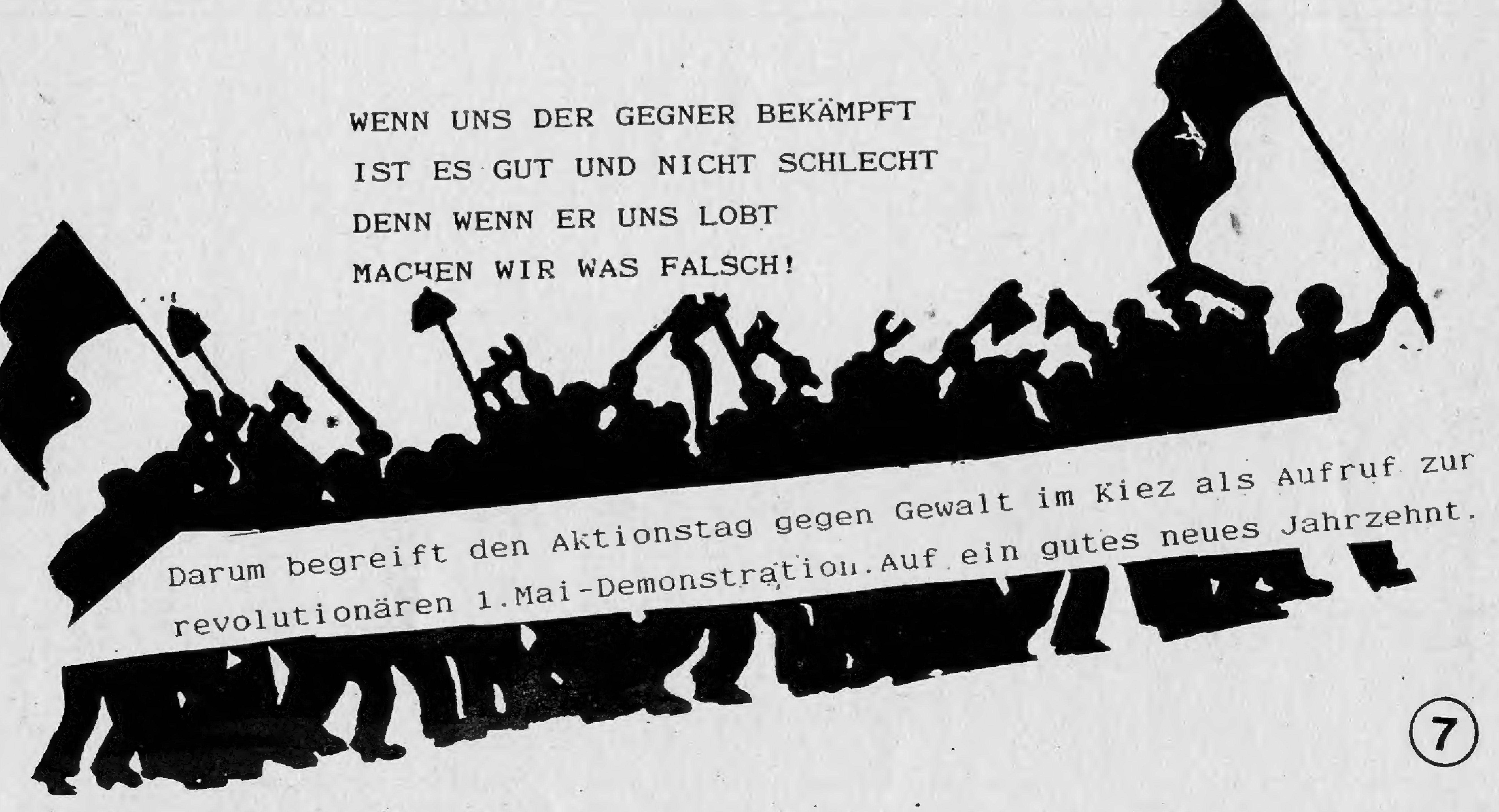
Dies hat sich z.B.im Wohnungskampf gezeigt:In den 70er Jahren konnte die KAHLSCHLAGSANIERUNG,die die Ausgliederung von Menschen in Trabantenstädte beinhaltete,teilweise durch den massiven Widerstand der Bevölkerung verhindert werden.Die MieterInnen organisierten sich in Mieterläden und versuchten sich gemeinsam gegen die Leerstandspolitik durchzusetzen .Die



Stadtplaner entwickelten daraufhin ein Modell der Modernisierung ,das aber an den Intressen der MieterInnen völlig vorbei ging ,da die Mieten im Laufe weniger Jahre wieder unbezahlbar geworden sind.So wuchs der Widerstand weiter und entwickelte sich einerseits gegen Luxusmodernisierung und Leerstand und andererseits gegen Abschreibungsgesellschaften und Spekulanten.Aus diesem Boden erwuchs die Hausbesetzerbewegung,die einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung hatte.Die Stadtplaner führten das Programm der "behutsamen"Stadterneuerung ein.Das widerum beihnhaltete den Anfang einer langfristigen Umstruckturierung,die den "Unruheherd"in der Bevölkerung auflösen sollte .
Behutsam heißt u.a. in der Praxis,daß diejenigen,die sich die Mieten in ihrem Kiez nicht mehr leisten können,einzeln "beraten" und in andere Stadtteile vermittelt werden.So kehrte sich die ursprüngliche Beratung von Mietern für sie in ihr Gegenteil um.
Aus dem ArbeiterInnenbezirk Kreuzberg sollte ein attraktiver Wohnbezirk für die kaufkräftigen MittelschichtlerInnen werden. Egal wie lange Erna Müller schon in der Wrangelstrasse wohnte,sie sollte wegvermittelt werden (umgesetzt).
Hier stellte sich der Verein SO36 mehr und mehr als verlängerter Arm der Senatspolitik heraus.Nach außen gibt er sich noch immer den Anstrich einer MieterInnenvertretung,durch die Beratung,die er anbietet und sehr wohl auch leistet ;gleichzeitig ist er aber mit dem so gewonnenen Vertrauen die Stelle ,die Senatspolitik und Eigentümerintressen bürgerfreundlich verpackt und vermittelt .Doch ist er nicht nur ein wesentlicher Teil der Befriedungspolitik,sondern er plant ja auch die Vergabe von Wohnungen und setzt damit die Politik der Profitgeier direkt durch.Damit stellt er sich für uns eindeutig auf die Seite ,die wir bekämpfen!
Wird der Verein SO36 auf die eine oder andere Weise angegriffen,versucht er diese Aktionen als "politisch leer"zu entpolitisieren und behauptet, daß Menschen ,die die Umstruckturierung bekämpfen,sie durch ihre Aktionen fördern würden(siehe Resolution des Stadtteilsausschuß vom 9.1.90)

Die eingeleitete Einverleibung der DDR in die BRD und das kapitalistische Profitsystem hat zur Folge,daß dort die Mieten und Preise rasant ansteigen.Wohnraum soll wieder Ware,Privatbesitz,statt zugesichertes Recht werden.
Schon jetzt beginnen sich Menschen zu wehren,indem sie aufgrund der bürokratischen SED-Politik und geplanten KAHLSCHLAGSANIERUNGEN -- leerstehende Häuser besetzen.
Es ist davon auszugehen,daß die Konflikte sich verschärfen und sich soziale Sprengkraft entwickelt.Um dies zu verhindern,wollen westliche Stadtplaner ihr Konzept der "behutsamen Stadterneuerung" auf die DDR übertragen.Konkret sind bereits Projekte in Berlin-Prenzlauerberg und Potsdam angelaufen.Auch hier versucht der Verein SO36 sich als Beispiel für Intressenvertretung der MieterInnen darzustellen und Initiativen aus der Bevölkerung zu vereinnahmen .Um die DDR-Bevölkerung für die "behutsame Stadterneuerung" vereinnahmen zu können,ist es notwendig, ähnliche "mieterfreundliche"Institutionen zu installieren.

Mit seinem Aktionstag"gegen die Gewalt "im Kiez,der ursprünglich gegen die revolutionäre 1.Mai-Demonstration gerichtet sein sollte zeigt sich erneut,daß er sich nicht nur wohnungspolitisch die sozialeKontrolle zur Aufgabe gemacht hat,indem er kontrolliert,wer in welche Wohnung kommt.Der Verein SO36 versucht darüberhinaus ständig auf Aktionen im Kiez Einfluß zu nehmen bzw.sie nachträglich aus ihrem politischen Zusammenhang herauszureißen. Gleichzeitig spielt er sich als Stimme jenes Bevölkerungsteil auf,der Widerstand ablehnt,und versucht somit die Stimmung im Kiez anzuheizen.



P:s.Es ist nie zu spät aus der Vereinsmeierei (in)SO36 auszutreten

Protokoll des Maiplenums vom 15. 3.90

Als erster meldete sich ein Vertreter der PROWO (Projekt Wochenzeitung) zu Wort und stellte den Antrag, als Beobachter am Plenum teilzunehmen, da die PROWO, anders als die TAZ, nicht über etwas schreiben will ohne konkreten Bezug dazu zu haben. Und daß sie ihren Beitrag zum 1.Mai eben darin sehen, darüber zu berichten. Es gab dann eine Diskussion über die Kriterien des Plenums, also was berechtigt zur Teilnahme an ihm. Das wesentliche war, daß alle Gruppen und auch Einzelpersonen sich ganz konkret an der praktischen Vorbereitung der Aktionstage, der Demo und/oder des Festes beteiligen – oder in der Durchführung wichtige Funktionen übernehmen (Sanis, EA). Es gab auch einige kritische Stimmen, wie die Bestimmung ist, daß Presse, wenn auch linke, im Plenum sitzt. Die Entscheidung ist dann aber letztendlich daran gelaufen, daß das wesentliche Kriterium: aktive Vorbereitung der Tage von dem PROWOmenschen nicht zugesagt werden konnte. Einigen PlenumsteilnehmerInnen wars allerdings auch egal, bzw. fanden es gar nicht so schlecht, wenn wir darüber auch noch ne bessere Gegenöffentlichkeit kriegen würden. Ja und trotzdem ist dann die Entscheidung gefällt worden, daß die PROWO keinen Beobachterstatus bekommt und der Mensch ist dann gegangen.

Und dann kam die Diskussion um das Maipalaver <vom Tag vorher, Böcklerpark>

Es wurde festgestellt, daß bei dem Maipalaver bis auf wenige Ausnahmen nur deutsches Publikum anwesend war. Es gab ne Menge Kritik, daß es so "schlecht" vorbereitet war. Daß die Demo und die Aktionstage hätten besser dargestellt werden können – vor allem stimmungsmäßig – auch wenn wir inhaltlich noch nicht so wahnsinnig viel klar haben. Es gab allerdings auch eine sehr unterschiedliche Wahrnehmung vom Palaver und das liegt sicherlich auch an den unterschiedlichen Ansprüchen daran. Einige fanden es eher abtörnend, andere wiederum ganz gut. Ein wichtiges Argument zum Verlauf des Palavers war, daß sich die Vorbereitungsgruppe auf eine ganz andere Auseinandersetzung eingestellt hatte. Nämlich die, daß es ganz klare und harte Stimmen gegen die Demo, Aktionstage und Fest gibt und daß der letzte 1.Mai und die Diskussion danach zum Kern der Auseinandersetzung auf dem Palaver wird. Und genau in die Richtung gab es kaum Stimmen. Von der Vorbereitungsgruppe gab es dann noch die Vorstellung, daß die Diskussion eröffnet werden sollte und dann von andern aufgenommen würde. Allerdings war auch das Konsumverhalten der BesucherInnen ein Problem.
Insgesamt wurde das Palaver so eingeschätzt, daß der 1.Mai mit Aktionstagen, Demo und Party gewollt wird. Auf jeden Fall müssen die Erfahrungen vom Palaver in die Vorbereitung der VV einfließen und hoffentlich werden wir da etwas mobilisierender sein.... In der Diskussion ist noch etwas aufgetaucht: Wie können wir über unsere Zusammenhänge hinaus eine breite Akzeptanz für den 1.Mai schaffen, was sind Mobilisierungsmöglichkeiten (Radio und ähnliches) ?!?

Demoaufruf <dazu hatte es die Tage vorher ein Extratreffen gegeben>

Das Treffen für den Demoaufruf war schwierig gewesen. Unklar war, was dort eigentlich gemacht werden sollte: Thesen für einen Aufruf oder einen Aufrufentwurf. Es gab den Versuch einer inhaltlichen Diskussion an Internationalismus, Faschismus, Rassismus und Feminismus. Es sind keine Thesen formuliert worden und es wird ein weiteres Treffen geben.
Ein Aufruf ist meistens relativ kurz und darüber auch oft schwammig, das Problem ist, daß auf dem Mai-Bla zu wenig inhaltlich diskutiert wird. Es gibt eine sehr unterschiedliche Herangehensweise; eine Unterschiedlichkeit im Umgang mit Begriffen wie z.B. Internationalismus. Und: wie wird sich gegenseitig wahrgenommen...? Viele offene Fragen, Perspektivlosigkeit, Legitimationsschwierigkeiten, die jetzt unter den aktuellen Bedingungen noch verstärkt werden. Unklar ist, ob es einen gemeinsamen Aufruf gibt, oder verschiedene, ausgehend von den unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten der vertretenen Gruppen. Das Plenum muß allerdings inhaltliche Schwerpunkte vorgeben, an denen dann die Mobilisierung läuft und die dann in den vielleicht unterschiedlichen Vorschlägen als Faden auftauchen. Als "Notlösung" wurde vorgeschlagen: es gibt keine einheitliche Analyse, Vorstellungen von Perspektiven, und die Gruppen sind aufgefordert, ihre Vorstellungen praktisch und inhaltlich zu füllen. Wenn wir schon keinen Aufruf mit ner Analyse formulieren können, dann doch zumindest mit den Fragen, die uns bewegen, und sicherlich nicht nur uns.
Auf der einen Seite wollen wir zur Demo aufrufen, wollen dabei nicht, daß der Aufruf als Konsensprodukt nur platt und schwammig wird, andererseits werden darin aber, wenns ein bißchen genauer sein soll, bestimmte Positionen unter den Tisch fallen und darüber einige Gruppen überfahren...das ist ein Scheißdilemma. *Das sind jetzt alles Stichpunkte aus der Diskussion, die auch so nebeneinander gestanden haben – also habt Geduld – vieles wird Euch bekannt vorkommen, denk'ich mal!*
Es müßte jetzt eigentlich inhaltlich werden...das wurde immer wieder eingefordert.

- --Diskussion um Nationalismus und Deutschtümelei.
- —Die radikale Linke ist zwar sprachlos, aber unruhig, überall bewegt sich was, wir wissen nur noch nicht so genau was und in welche Richtung das geht.
- --Der Rest (oder die Mehrheit) ist auch sprachlos, aber ruhig, weil satt, die von der radikalen Linken ausgehende Unruhe stört beim Großdeutschlandprojekt und soll niedergemacht werden.
- --Im Unterschied zum 1.Mai vom DGB drückt sich von einer Bewegung von unten die Mobilisierung gegen den Nationalismus-Wahn aus.
- --Was uns stinkt: Mieten, Wohnen, alltägliche Gewalt...
- —Den Internationalismus-Begriff füllen, heißt nicht, sich nur an Kämpfen in den andern Ländern zu orientieren und sich daran zu mobilisieren, sondern das auch hier umzusetzen (AusländerInnengesetz). Ein türkischer Genosse hat in dem Zusammenhang kurz erzählt, wie sich das Klima z.B. in den Fabriken verändert, wo sich deutsche Kollegen nicht mehr zu den türkischen an einen Tisch setzen.
- --Wir müssen aufhören mit dem Gejammere, daß wir mit dem Rücken zur Wand stehen. Das ist keine neue Situation und das wußten wir schon vor den "Zusammenbruch" des Realexistierenden. Zur Zeit gibt es wahnsinnig viel Demos, es läßt sich also auch sowas wie Bewegung feststellen.
- —Den 1.Mai zum Kristallisationspunkt für die verschiedenen Ansätze machen...
- —BRD-Imperialismus heute... "Deutschland" als neue (?) Macht, unsere politische Verantwortung.

Die Aktionstage können die Möglichkeit beinhalten, über den 1.Mai hinaus zu mobilisieren und neue gemeinsame Ansätze zu schaffen – es muß über den 1.Mai hinausgehen...keine Ritualisierung!
Und dann wurde beschlossen: die Gruppen versuchen, zum nächsten Treffen Vorschläge für einen oder mehrere Aufrufe oder einzelne wichtige Punkte darin zu formulieren, die dann Grundlage für die Diskussion um den Aufruf sind.
ich hab sicherlich was vergessen...sorry...

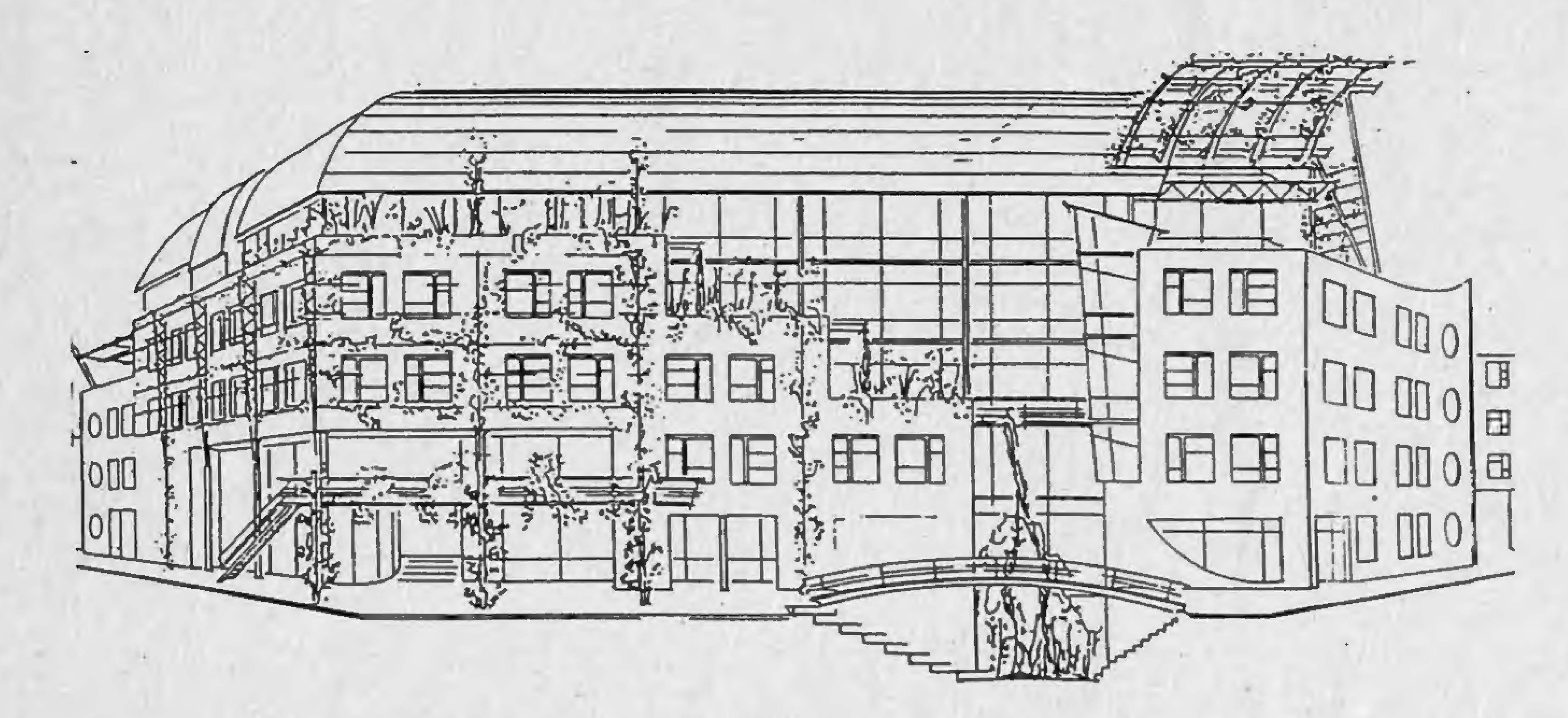
Beim nächsten Mal geht es um:
VV-Vorbereitung Plakat Aufruf Aktionstage

es kann nur noch besser werden.......

KEIN OST-WEST HANDELSZENTRUM AM MORITZPLATZ

sondern billige Wohnungen, Läden für die AnwohnerInnen und Kultur für Alle

Untenstehenden Artikel entdeckten wir in der neusten Ausgabe eines Blattes der SPAS (Verein für Sozialplanung und angewandte Stadtforschung in Kreuzberg e.V.) an die BewohnerInnen der Gegend:



Ost-West-Handelszentrum im Aufwind

»The European House of Commerce«: Dieser Name soll zukünftig internationales Flair an den Moritzplatz bringen und meint zu deutsch »Das europäische Haus für Handel«, in dem zukünftig Geschäfte im Ost-West-Handel abgewickelt werden sollen.

Der vorgesehene Standort für dieses Geschäftshaus direkt am Moritzplatz zwischen Oranienstraße und Prinzenstraße hat Handelstradition. Vor dem Krieg stand hier das Kaufhaus der Familie Wertheim. (Das ist der Grund dafür, daß das Grundstück bis heute »Wertheim-Grundstück« genannt wird). Im Krieg zerstört und nach dem Krieg abgeräumt, bietet das Gelände hinter den bunten Plakatwänden seit Jahren einen traurigen Anblick. Mehr Müllhalde als alles andere.

Nachdem die Firma Bechstein Anfang 1989 ins ehemalige Nixdorf-Gebäude eingezogen war und damit ihre Pläne, auf dem Wertheim-Grundstück einen Neubau für die Klavierproduktion zu errichten, fallen gelassen hatte, stellte sich im Sommer 1989 ein neuer Interessent für das Grundstück beim Senat vor: Herr Scherf von der Baulandentwicklungs GmbH aus Gräfelfing bei München. Die Zeichen der Zeit im Osten schon damals erkannt, die Perspektive des offenen Europäischen Marktes ab 1993 vor Augen, legte Herr Scherf die Konzeption eines Ost-West-Handelszentrums auf den Tisch. Danach soll insbesondere kleinen und mittleren Betrieben der Zugang zu den Märkten und Kontakte zu Geschäftspartnern im osteuropäischen Bereich erschlossen werden. Dazu sollen »Dienstleistungen, die zur Sicherstellung der Unternehmenspräsenz im Ost-West-Geschäft erforderlich sind«, im Handelszentrum am Moritzplatz für ca. 400 Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Darunter sind z. B. Geschäftsräume in 25 m^2-Einheiten, Konferenz- und Tagungsräume sowie Serviceleistungen im Verwaltungsbereich zu verstehen. Als Bausumme hierfür sind 100 Mio DM veranschlagt worden.

Stimulans hat das Vorhaben durch die deutsch-deutschen Ereignisse nach dem 9. November 1989 erhalten. Doch die Zeit eilt, nicht nur, weil sich die Entwicklung in der DDR überschlägt, sondern auch, weil das Gebäude vor der Öffnung des EG-Binnenmarktes 1993 stehen muß, um attraktiv zu sein, wie aus sachkundigen Kreisen zu erfahren war. Das ist wohl auch der Grund dafür, daß die Architekten Eble und Sambeth bereits Aufträge zur Erstellung der Genehmigungsunterlagen erhalten haben. Sobald eine »geschlossene Finanzierung« vorliegt, könnte mit dem Bau begonnen werden, ist von seiten der beratenden Wirtschaftsförderung Berlin GmbH zu erfahren.

So schnell wird es allerdings nicht gehen, denn bis heute liegen den zuständigen Stellen des Bezirksamtes Kreuzberg keine offiziellen Anträge zur Genehmigung des Bauvorhabens vor.

Bleibt abzuwarten, ob die Werbung für das European House of Commerce bei dem Deutschen Industrie- und Handelstag am 14. Februar 1990 im ICC vor 12 000 TeilnehmerInnen aus Ost und West die erforderlichen 400 »Partner« für das Zentrum erreicht hat. ●

Schon seit längerer Zeit geisterten allerhand Pläne für den Moritzplatz durch die Gegend. Mal war es der Sozialsenat, mal ein Öko-Hochhaus, doch nun scheint sich die Idee eines Ost-West-Handelszentrums zu konkretisieren. Ein kleines Mosaiksteinchen in der nun auf uns zustürzenden Lawine vom geplanten Umbau Berlins zur Handelsmetropole und Hauptstadt.
Für uns ist klar, daß wir das <u>nicht</u> wollen. Wir wollen, daß auf der Freifläche ein ökologisch gebautes Wohnhaus mit vielen billigen Wohnungen und Läden für die AnwohnerInnen entsteht. Selbst so etwas exzentisches wie das "Hundertwasserhaus" (in Wien) wäre uns noch genehm - aber die Handelsbonzen, Ausbeuter und Pfeffersäcke haben hier nichts verloren. Ihr Platz ist in Sibirien beim Kohle-Tagebau!

BILLIGER WOHNRAUM FÜR ALLE
KEINEN MILIMETER FÜR DIE PFEFFERSÄCKE

einige AnwohnerInnen

Zum Artikel "Militante Perspektiven" in der Nr. 94

"...gebildete Jugendliche haben ein tieferes Bewußtsein über die HERRschaftsmechanismen der Gesellschaft als Analphabeten..."
Zu diesem Satz wäre eigentlich nicht viel zu sagen. Es ist schwer bei diesem Satz das kalte Kotzen,was einem dabei überkommt,nicht zu Papier zu bringen. Ein positiver Bezug auf die rassistische und sozialhygienische Selektierung bspw. in der Schule als Ausgangspunkt sogenannter "linksradikaler" Politik, ist nichts als blanker Rassismus. Der Schreiber ist der praktische Beweiß dafür, daß eine "gehobene" Schulbildung nichts dazu beiträgt einfachste Herrschaftsmechanismen zu verstehen, sondern vielmehr das reaktionäre Gedankengut der deutschen Altvorderen nun als "linksradikale" Perspektive verkauft, doch nichts anderes ist als die Fortsetzung und Aktualisierung des rassistischen Herrenmenschenmythos: Revolutionär können hier nur die sein, die "gesund"("in einem gesunden Körper steckt ein gesunder Geist"), "gebildet", "weiß" und "deutsch" sind - dagegen können die ausländischen Jugendlichen bspw. nur "reflexhaft" und "instinkthaft" sein.
Dem wäre nicht viel hinzuzufügen, wenn nicht im Weiteren in diesem Text politische Positionen zum Ausdruck kommen, die bei Teilen der Autonomen und besonders in der "politischen Schicht"-bei den Autonomen Ideologen- relevant sind: Die Anbindung an leninistische Organisationskonzepte (wiewohl zumeist nicht offen ausgesprochen) und die entsprechende Formulierung einer Avantgardekonzeption; die Verdrängung der Frage des sozialen Bezugs und folgerichtig der Bezug auf "Mittelstand"; positiv formuliert: im Höchstfall Metropolenzentrismus ("dieses Verhältnis"-das weltweite Kräfteverhältnis-"wird im wesentlichen durch das Kräfteverhältnis in den Metropolen bestimmt.");... .
Das Papier verdeutlicht sehr gut was die Krise autonomer Politik ausmacht: Sie ist mehr die Krise eines Entwicklungsmodells als die Krise militanter Politik.
Diese Krise bracg unseres Erachtens spätestens 85/86 (Sare, Libyen) offen aus und vertiefte sich ab dem 1.Mai 87 so stark, daß das Hegemoniebedürfnis der "politischen Schicht" über die realen Kämpfe mehr und mehr nur noch über das Ausgrenzen der sozialen Kämpfe zu halten war. Das ist der Punkt wo für uns die "Grenzträgerdiskussion" anfängt.
Die neuen, seit 86 sichtbar werdenden Linien militanter Politik stehen im Wesentlichen außerhalb der traditionellen autonomen Mittlerfunktion des gesellschaftlichen Konflikts (wie es bspw. die Kaffeekampagne und die Existenzgelddiskussion waren). Junge deutsche und ausländische Jugendliche wurden zunehmends die AkteurInnen der Auseinandersetzung und beginnen heute den kapitalistischen Angriff auf ihre Existenz mit einem sozialen Krieg von Unten zu beantworten, der mehr und mehr außerhalb der traditionellen reformistischen Vermittlungskonzepte steht.(Genau dieser Gegensatz macht für uns den Unterschied aus zwischen "autonomer Führungsclique" und dem subjektiven Interesse der AkteurInnen.)

In diesem Prozeß des Zusammenbruchs alter reformistischer Integrationsinstanzen (z.B. SO36) übernehmen mehr und mehr alte HäuserkämpferInnen von 80/81 die Funktion diese entstandene Vakuum der Sozialkontrolle auszufüllen. Dies dokumentiert die Abkehr der AkteurInnen vom Sozialprozeß,

den Haß auf "das Unten" und äußert sich in der Übernahme einer Avantgardekonzeption im Gewand leninistischer Politik- und Organisationsmodelle. Die Geschichte wiederholt sich: Ab Mitte der 70er gerieten die Erben der 68er durch das Aufkommen militanter Aktionsformen zunehmend in Legitimationszwang und der"Gang durch die Institutionen" entpuppte sich mehr und mehr als individuelle Karriere. Auch sie beschlossen sich jeglicher "Revolutionsromantik" zu entziehen, indem sie sich den Mittelklassen und damit sich selbst zuwandten: Die Grünen als Projekt der Spaltung sozialer Bewegungen und der Integration verwertbarer Teile waren das Resultat.
Heute ließt sich das so:
"Wesentliche Elemente revolutionärer Politik fehlen, in dem was wir machen...
...
Vermittelbarkeit wahrscheinlich weniger für die Kreuzberger Jugendbanden, dafür aber z.B. für SchülerInnen. ...
Damit ist die Kampagne natürlich weniger "klassenbezogen" sondern mehr mittelstandsbezogen."
Genau so ist also die Tendenz der Shell-Kampagne zu verstehen: Politik als konsequente Verdrängung jeglichen antagonistischen sozialen Bezugs, bei gleichzeitigen Handlungsangebot für die deutschen Bildungsbürger einem metropolenzentristischen Humanismus zu fröhnen. Deutsche Texaco statt Shell. Die örtliche Nähe der Shellblockade zum Polenmarkt steht symbolisch für den Verdrängungsprozeß, für das nicht wahrnehmen wollen, daß der "Trikont" mittlerweile 80km von hier beginnt und nicht erst im fernen Südafrika.
Wir schreiben dies in dieser Form, weil wir davon ausgehen, daß das subjektive und politische Interesse der meisten AkteurInnen der Shell-Kampagne ein anderes ist. Die Intention des Autors ist nicht nur abzulehnen weil sie kaum versteckt rassistisch ist- was allein allerdings schon reichen sollte- sondern darüber hinaus, weil seine Darlegung der Shell-Kampagne objektiv ein Integrationsprojekt ist, was die u.E. notwendige Beziehung der militanten Linken auf die neuen und zu erwartenden sozialen Kämpfe, die durch die "Osterweiterung" noch weiter an uns herankommen werden, verhindert.

(Bleibt abschließend noch zu erwähnen, daß dieses Papier nicht aus einem homogenen politischen Zusammenhang heraus entstanden ist und insofern einen Konsens darstellt, was sich besonders bei der Frage bemerkbar machte, inwieweit auch subjektiv von einem Integrationsinteresse eines Teil der "politischen Schicht" gesprochen werden kann.)

Zur Auseinandersetzung mit dem Internationalistischen Zentrum

Es ist doch komisch: die Linke wird immer schwächer und schon bzw. immer noch laufen so Spaltereien um die "richtige Linie"! Ist es nicht wichtig, gerade für den 1. Mai ein möglichst breites Bündnis zu bilden?
Ich habe das Plenumsprotokoll aus der Interim 92 noch mal nachgelesen und festgestellt, daß es stimmt, was die I.Z.-Menschen schreiben. Da begründet Ihr in keinster Weise den Ausschluß des I.Z. Was heißt das überhaupt: "schlechte Erfahrungen?" Machen wir nicht ständig in unseren Kämpfen und Auseinandersetzungen gute und schlechte Erfahrungen? Über die "schlechten" müssen wir reflektieren und sie gemeinsam aufarbeiten, also aus Fehlern lernen. Ganz falsch ist es aber, überhaupt nicht mehr miteinander zu kommunizieren bzw. es abzulehnen, miteinander Erfahrungen machen zu wollen. Wenn das so weitergeht, dann "Gute Nacht"....

Das I.Z. hat doch letztes Jahr viel für die 1.-Mai-Demo gemacht, also massenhaft Flugblätter verteilt und auch ne menge plakatiert.

Allerdings gebe ich Euch recht in Eurer Kritik an der platten Aussage: "Feminismus ist Ideologie". Den Feminismus gibt es ja so nicht und man/frau kann deshalb kein allgemeines Urteil über "den Feminismus" abgeben. Es gibt sehr unterschiedliche Strömungen - eine ganze menge davon sind materialistisch. Ohne den Feminismus würde die Frauengeschichte, die Frauenarbeit noch in der Dunkelheit der Unwissenheit stecken und die Frau wäre immer noch eine ergebene Sklavin des Mannes. Es gibt allerdings auch recht reaktionäre Teile der Frauenbewegung, des Feminismus, wie z.B. der Mütterlichkeitskult einiger Frauen der "Grünen". Genauso suspekt ist mir das neue Karrieredenken vieler "Feministinnen". Aber all das verlangt einen Trennscharfen Blick. Frau kann deshalb die Frauenbewegung nicht in einen Topf werfen, was ja auch die Genossin Ingrid Strobl sagt: "Frau sein allein ist kein Programm!"

Aber wäre es nicht mal spannend, das genau herauszuarbeiten? Wie z.B. könnte sich eine wirklich revolutionäre Frauenbewegung konstituieren? An welchen Punkten können Frauen und Männer gemeinsam ansetzen?

Eines ist klar: die "neue Armut" trifft verschärft die Frauen, die sich noch mehr abrackern müssen - dies allerdings auch meist tun... Deshalb ist nicht nur die Geduld der Frauen die Macht der Männer, sondern gleichzeitig die Stütze des imperialistischen Systems.

Wir müssen deshalb nicht nur unter den veränderten gegenwärtigen Bedingungen neu hinterfragen und untersuchen, was neue Aspekte des Klassenkampfes sind, also wo sich Solidarität entwickeln kann, sondern auch die Frage nach Kämpfen von Frauen stellen, Kämpfe, die über den reinen Protest gegen "Männergewalt und Patriarchat" hinausgehen.

Die Kritik des I.Z. an"den Autonomen" stimmt insofern, daß wir uns seit Jahren tatsächlich mehr an Erscheinungsformen und Symbolen abarbeiten: Bauzaune Knacken, Sexläden besprühen oder plattmachen, selbst die Häuserbesetzungen bekommen immer mehr einen rein symbolischen Charakter.

Die Grundlage, also das Wesen dieses Systems ist doch der Zwang zur Lohnarbeit, die Abpressung von Mehrwert, der Profit. Ohne die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft gäbe es weder AKWs, noch Sexläden oder Spielhallen, - und genau da müßte mit der Klassenfrage angesetzt werden.

Patty Knopf + die Wilde 13

Liebe Interims,

ich kapiere Euren Streit mit dem I.Z. nicht so ganz. Dies betrifft natürlich nicht nur die Interim, sondern das gesamte Vorbereitungsplenum für den 1. Mai. Ich stimme Euch zu, daß es ziemlich borniert ist, den Feminismus als "Ideologie" darzustellen und damit zu diskreditieren. Schließlich gab es eine Loise Michel, Rosa Luxemburg, Flora Tristan, Clara Zetkin - um nur einige zu nennen. Es gab zahlreiche kämpferische Frauen in der sozialistischen Bewegung - auch Sylvia Punkhurst ist vielen Frauen ein Begriff. Gerade deshalb ist es schlichtweg unhistorisch, die Frauenfrage, so wie es das I.Z. betreibt, einfach so "vom Tisch zu wischen".

Mich verwundert dennoch, daß der Ausschluß des I.Z. nicht vorher schon begründet wurde und die "schlechten Erfahrungen" nicht dargestellt wurden. So entsteht wirklich der Eindruck, Ihr würdet Gerüchte säen, nur um Euch unliebsame Standpunkte zu unterdrücken. Aus dem Text des Internationalistischen Zentrums geht in keiner Weise hervor, daß sie sich auf die Seite des DGB stellen. Außerdem: Ist es nicht zur Zeit wichtiger denn je, für eine kommunistische Perspektive zu kämpfen? In vielem haben die Leute des I.Z. recht. Unsere Strukturen sind Z.T. unheimlich verhärtet, Machtkämpfe nehmen immer mehr zu. Warum habt Ihr nicht persönlich mit den I.Z.lern gesprochen und ihnen Eure Gründe dargelegt? Es ist schon komisch, daß Ihr den Antwort-Brief des I.Z. für den Ausschluß hernehmen müßt. Hattet Ihr vorher also doch keine Argumente? Dann hat nämlich das I.Z. recht, Euch als Politbüro darzustellen und das Parteiengezänk geht von Euch aus. Können wir es uns überhaupt leisten, so miteinander umzugehen? Vom I.Z. verlange ich ein Überdenken des Standpunktes zum Feminismus - von Euch mehr Grips und Toleranz!

Barbara

REDEBEITRAG DER BESETZERiNNEN DER BRÜMMERSTRASSE 52

UnterstützerInnen der B 52 haben am Mittwoch vergangener Woche das Büro der Wissenschaftssenatorin Riedmüller-Seel enteignet. Wir wollten mit dieser Aktion auf die Umstände der Räumung des Hauses in der Brümmerstraße 52 am Montag den 19.3. durch die Freie Universität aufmerksam machen. Unipräsident Heckelmann versucht seit längerem durch Spaltung und Lügen, Hand in Hand mit der korrupten Presse und dem Bullenapparat, uns zum Schweigen zu bringen.

Die Brümmerstraße ist nicht ausschließlich aufgrund individueller Wohnraumbedürfnisse besetzt worden, wie Heckelmann das gerne sieht, während er die politischen Zusammenhänge verschleiert.

Wir waren auf dem Campus in Dahlem Protest gegen die Uni als Lernfabrik, die die Voraussetzungen schafft, daß aus StudentInnen Lernmaschinen werden, die später willenlos die Schweinereien des Systems mittragen, Protest gegen die Uni §§§ als Wirtschaftsunternehmen der übelsten Sorte, Vernichtung von Wohnraum in der Sylterstr. zugunsten eines von der Industrie finanzierten High-Tech-Forschungszentrums ist ein Beispiel dafür. Dies bedeutet schlechtere medizinische Versorgung für den Norden Berlins und zugleich Ausbau der Gentechnologie, Teil eines irrwitzigen Machtplanes der westlichen Industrienationen, die Weltbevölkerung ganz zu kontrolieren und nach faschistoiden Gesichtspunkten neu zu ordnen.

Riedmüller ist als Wissenschaftssenatorin sowohl für den Abriß der Sylterstr., als auch für die Umwandlung der Brümmerstr. von Wohn- in Büroraum, mitverantwortlich, deshalb haben wir ihr Büro besetzt.

Die ALerInnen Schulz und Schramm versuchten, durch die Vermittlung eines anderen Hauses (Zillestr. 38, Selbsthilfeprojekt mit Mietverträgen), uns zur friedlichen Aufgabe unseres Hauses zu bewegen. Dieser Vorschlag erscheint doppelt unverschämt, wo das Haus bis auf drei Wohnungen vermietet ist. ALer Michael Schulz hat Probleme mit der Wahrheit oder mit den Zahlen, wenn er in der lügenden taz dreist von "zwölf leeren Wohnungen" lügt.

Nur mit massiven Bulleneinsätzen können sie ihre Pläne durchführen. Mit großen Aufgebot räumten sie uns aus der B 52 feige in den Semesterferien, als studentischer Protest nicht zu erwarten war. Die eindringenden Bullen, statt die Klinke zu drücken, zerschlugen Fenster und die Einrichtung und verursachten den Großteil des Sachschadens im Haus. Heckelmann bezeichnete uns in der anschließenden Pressekonferenz in der B 52 zynisch als "Müllhaldenbewohner" und log, er hätte uns ein Ultimatum zum freiwilligen Verlassen des Hauses

gestellt, ließ er uns im Rahmen seiner niederträchtigen Zermürbungstaktik über den Räumungstermin wochenlang im Unklaren.

Vor dem Haus platziert die Uni den Wachschutz, Schläger und Faschos, die vorbeigehende Unbeteiligte beschimpfen und mitKnüppeln und Hunden bedrohen. Die Parolen am Haus waren, genauso wie die Infotafeln vor dem Grundstück, binnen zwei Stunden verschwunden.

Doch ihre Rechnung geht nicht auf,
wir lassen uns nicht totschweigen, sondern fordern

→ Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen BesetzerInnen von Brümmerstr., Sylterstr. und Pflanzenphysiologie

→ Abzug der tollwütigen Wachschützer vor der Brümmerstr.

→ Rückgabe des Hauses an die BesetzerInnen

→ Finger weg von allen besetzten Häusern, keine Räumung der Lübbenerstr.

→ sofortiger Stop der Gen-technologie

→ Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen in Moabit und Spanien



MüllhaufenbewohnerInnen beim Besuch öffentlicher Ämter

Offener Brief an die geräumten BesetzerInnen der Brümmerstraße

Verlogenheit werft ihr laut "taz" der AL vor: Sie habe euch Ersatzwohnungen angeboten, die in Wirklichkeit bereits vermietet seien. Ihr sagt das, obwohl ihr genau wißt, daß <u>ihr</u> damit die Unwahrheit sagt.

Hilde Schramm und ich sind Anfang März zu euch aufgebrochen, um die von Heckelmann und Riedmüller-Seel forcierte und nicht mehr abwendbare Räumung zu umgehen, indem wir euch Ersatzwohnraum anbieten. Vom Studentenwerk hatten wir den Tip vom Hinterhaus in der Charlottenburger Zillestraße bekommen.

Hilde und ich haben das gemacht, um einen Bulleneinsatz und eure Kriminalisierung zu verhindern. Noch immer gibt es in der AL ein paar Menschen, die es wichtig finden, selbstbestimmte und "alternative" Lebensweisen zu unterstützen; die Hausbesetzungen für legitim halten, solange es Spekulanten, Mietwucher und illegalen Leerstand gibt.

Zwölf Zimmer, vier Küchen und die beiden Gewerberäume hättet ihr in der Zillestraße bekommen können - das haben wir nach langen Gesprächen mit dem Baustadtrat und dem Eigentümer erreicht. Ein moralisch einwandfreier Deal wäre es nicht gewesen: Der Eigentümer hat nur deshalb zugestimmt, weil der Bezirk ihm den Erhalt seines zum Abriß vorgesehen, im Bebauungsplan nicht gesicherten Hauses garantiert hat. D.h.: der Mann hätte, wäret ihr eingezogen, an euch verdient.

Aber diese Begründung habt ihr nicht genannt, als ihr die Verhandlungen, den bereits vereinbarten Termin mit dem Eigentümer habt platzen lassen. Nein, dazu genügten Gerüchte, die ihr von den letzten MieterInnen im Haus gehört habt: alles sei vermietet, in der Zillestraße sei kein Platz für euch. Das allerdings ist nachweisbar falsch!

Schon früher einmal am Telefon hab ich euch gesagt, daß - so glaubt man im Wohnungsamt - Scheinmietverträge - bestehen. Auch könnt ihr euch sicher vorstellen, daß die drei Leute im Hinterhaus vom Eigentümer diese Antwort eingefleischt bekommen haben oder ganz einfach euch nicht im Haus, sondern ihre Ruhe haben wollen.

Wegen diesen Gerüchten aber die Sache aufzugeben, den Wahrheitsgehalt nicht zu überprüfen, uns nicht zu benachrichtigen halte ich schlichtweg für naiv.

Völlig legitim wäre es gewesen, wenn ihr gesagt hättet: nein in die Zillestraße wollen wir nicht, Charlottenburg ist öde, Miete wollen wir auch nicht zahlen, in dem Gebäude können wir unsere Ansprüche nicht verwirklichen. Das hätten wir dann aber auch gerne erfahren.

Wegen der laufenden Verhandlungen haben wir erreicht, daß ein bereits angesetzter Räumungstermin verschoben wurde. Bei der Vorbereitung der Wider-Vereinigung-Demo am 17. März sicherten die Bullen zu, nicht vorher anzurücken. Ihr nennt das - so kam es in Radio 100 rüber - Zermürbetaktik der AL.

Von Menschen aus der Marchstraße habe ich gelernt, wie wichtig es ist, zwischen der Partei als Organisation und einzelnen Leuten, die in ihr oder für sie aktiv sind, zu unterscheiden. Hilde und ich hatten keinen offiziellen Parteiauftrag, mit euch zu verhandeln.

Diese Konstellation nach dem Eintritt der AL in die "Regierungsverantwortung", die linke Menschen in der AL in die Rolle von privaten Rettern der Koalitionsvereinbarungen drängt, ist absurd. Vorrang politischer gegenüber polizeilicher Problemlösungen, Einsatz staalicher Gewalt stets nur letztes Mittel - diese Sätze aus den SPD/AL-Vereinbarungen sind - das brauch ich euch ja nicht zu sagen - nichts als von der Realität überholte Phrasen - aber dennoch halbwegs sinnvoll. Nur aus unseren politischen Ansprüchen heraus haben Hilde und ich Anfang März mit der Zillestraße Aufgaben übernommen, die Sache der FU bzw. der Wissenschaftsverwaltung gewesen wären.

Uns beiden jetzt "Verlogenheit" vorzuwerfen und uns damit mit Riedmüller-Seel und Heckelmann auf eine Stufe zu stellen - ich fänds schön, wenn ihr darüber noch einmal diskutiert.

Wie wir insgesamt darüber reden sollten, welche Berührungspunkte zwischen Einzelnen aus der AL und euch im "Häuserkampf" noch bestehen, wo und wie wir zusammenarbeiten und welche Rolle insbesondere die ALerInnen mit Mandat dabei einnehmen können. Nach der letzten Durchsuchung und der Demovorbereitung haben Leute aus der AJW und ich mit der Marchstraße solche Gespräche vereinbart.

Daß beide Seite mit offenen Karten spielen, setzen solche Gespräche allerdings voraus.

Micha Schulze
AL-Fraktion Charlottenburg

BESETZUNG DES HH - KASTANIENALLEE 86

NACH MEHREREN GESCHEITERTEN BESETZUNGEN IN WESTBERLIN HATTEN WIR ENTGÜLTIG DIE SCHNAUZE VOLL!
ZUM EINEN KÖNNEN SICH DIE FEISTEN SPEKISCHWEINE INZWISCHEN FAST ALLES ERLAUBEN, ZUM ANDEREN FEHLTE EINFACH EIN BREITES UNTERSTÜTZERINNENSPEKTRUM UM EINE BESETZUNG ÜBERHAUPT NOCH ZU HALTEN. WIR WOLLEN JETZT NICHT WIEDER AUF DIE ENDLOSDISKUSSION ZURÜCKKOMMEN VON WEGEN "SCENE IN DER ISOLATION", ODER "ARSCH AUS DER KNEIPE KRIEGEN" USW. , SONDERN DA ANFANGEN, WO WIR IM MOMENT SIND, NÄMLICH TIEF IN DER SCHEIBE!
WAS JETZT ABLÄUFT IS SO HEAVY, DAß, WENN NICHT BALD WAS PASSIERT (UND HOFFENTLICH NICHT NUR AM 1.MAI), DER ZUG FÜR UNS ABGEFAHREN IST.
VON "DEUTSCHLAND - EINIG KEIN VERSTAND" ÜBER DEN "OLYMPIADÜNNSCHISS 2000/2004" BIS HIN ZU E(nde)-92 UND WAS DAS ALLES FÜR UNS HEIßT, NÄMLICH NOCH MEHR BONZEN, NOCH MEHR SCHWEINE, DIE UNS UNSERE LETZTEN LEBENSRÄUME ABKNÖPFEN WERDEN...(WEITER WOLL'N WIE DAS NICHT AUSFÜHREN, WIRD SICH JEDE/R SCHON N KOPP DRUM GEMACHT HABEN). WIR SIND ANFANG MÄRZ JEDENFALLS RÜBERGEFLÜCHTET, WEIL'S HIER NOCH SOVIELE HÄUSER GIBT UND SIND 15 LEUTE UNGEFÄHR, DIE DAS HH DER KASTANIENALLEE86 BEWOHNEN!
DIE ZEIT WIRD ALLERDINGS SCHON WIEDER SAUKNAPP, WEIL DIE SCHWEINE VON DER ALLIANZ ZIEMLICH SCHNELL DAMIT BEGINNEN WERDEN HÄUSER ZU SPEKULATIONSOBJEKTEN ZU MACHEN, SEI ES DURCH VERKAUF VON VOLKSEIGENTUM ODER DER REPRIVATISIERUNG VON ENTEIGNETEN HÄUSERN.
DEM KÖNNEN WIR UNS NUR MIT VIELEN BESETZUNGEN, PROJEKTEN, INI'S, USW. ENTGEGENTRETEN!
ES GIBT NOCH VIELE HÄUSER ABER WENIG FITTE LEUTE. DIE EINZIGEN, DIE ZUR ZEIT (LEIDER) FIT SIND, SIND DIE BONZENSCHWEINE, DIE JETZT GROßEINKAUF MACHEN UND DAS GEHT ALLES VERDAMMT FIX; DESHALB
B E S E T Z E R I N N E N A L L E R S T A D T T E I L E V E R E I N I G T E U C H !!

N A Z I S A L L E R L Ä N D E R B E E R D I G T E U C H !!

K A M P F D E M K A P I T A L !!
UNTERSTÜZT UNSERE BESETZUNG SOLIDARISCH, KOMMT VORBEI (Z.B. SONNTAGS FRÜHSTÜCKEN WIR AUF'M DACH- WAT MITBRINGEN); IM VORDERHAUS GIBT'S NE KNEIPE R A T - P U B, DIE IMMER AB 19 UHR AUF IS, ALSO BIS DANN!!

SOLIDARISCHE GRÜßE AN DIE BESETZTEN HÄUSER!

KEINE RÄUMUNG DER LÜBBI!

RACHE FÜR DIE BRÜMMI!

EINIGE BESETZERINNEN DES HH/KA 86!!

Guten Tag,
wir hatten am 16. März eine nur mäßig besuchte Vollversammlung zur Diskussion über die Demonstration am 18. März
Gegen den Anschluß der DDR
Für eine eigenständige DDR
Dazu sollte an anderer Stelle nochmal mehr gesagt werden - auch in Hinblick auf die anstehende Demonstration zum 8. Mai.
Das will ich jetzt aber nicht, sondern: Ich will meine Bücher wiederhaben. Alle drei.
Dabei handelt es sich um das neue Buch von Joachim Hirsch,
um das Buch zur 500jährigen Unterwerfungsgeschichte Amerikas und den dazugehörigen Materialienband.
Den "Tagesspiegel" brauch' ich nicht unbedingt wieder. Aber DM 60.- verkrafte ich so auch nicht ohne Weiteres.
Schickt die Sachen an die PROWO-Redaktion, Eisenbahnstr. 4, 1/36 oder legt sie in's PROWO-Fach in der Gneisenaustr. 2a.
Reichlich verärgert,
ein des Lesens Kundiger.
Anbei der von Karl Heinz Roth gehaltene Beitrag auf der Abschlußkundgebung der Demo vom 18. März 1990 auf dem Breitscheidplatz.

Redebeitrag von Karl Heinz Roth am 17. März auf der Demonstration in Westberlin gegen den Anschluß der DDR

Als sich die demokratische Massenbewegung der DDR Ende des vergangenen Jahres gegen Bürokratie und Bevormundung durchsetzte, war das BRD-Kapital sofort zur Stelle.

Es entwickelte einen ökonomischen Annexionsplan, der durch die fortlaufende politische Destabilisierung der neuen Übergangsregierung durchgesetzt werden sollte:

- Abschaffung der Subventionen für das Existenzminimum (sog. Preisreform)
- Ausdehnung des DM-Blocks auf die DDR (sog. Währungsreform)
- Privatisierung des Eigentums (vom Kombinat bis zur letzten Häuserzeile)

Dieser Globalplan der Hochfinanz ist bis heute noch nicht durchgesetzt; wir werden morgen abend genauer wissen als augenblicklich, ob sich dieser Kurs der "Gleichschaltung" zum Nulltarif weiter aufrechterhalten läßt.

Auf jeden Fall verfolgen die Banker und Industriellen schon jetzt die neuesten DDR-Initiativen zur Sicherung sozialer, gewerkschaftlicher und frauenspezifischer Rechte mit Gift und Galle. BDI-Präsident Necker beispielsweise hat das DDR- Gewerkschaftsgesetz als einen bösartigen Tumor bezeichnet, der sofort entfernt werden müsse. Diese und andere Bemerkungen zeigen, daß sich die wirtschaftspolitischen Hintermänner der Bonner "Anschluß"-Fraktion ihrer Sache nicht mehr ganz so sicher sind wie noch zur Jahreswende. Um so kompromißloser halten sie freilich an ihrer Anschluß-Strategie fest.

Woher rührt diese ungeheure Aggressivität?

Sie ist **zuallererst** Rachebedürfnis für die Entnazifizierung, die Enteignungen und die Bodenreform in der damaligen Besatzungszone nach 1945. Ein wesentliches Ergebnis des zweiten Weltkriegs soll rückgängig gemacht werden. Durch seinen späten Triumph über die DDR will der westdeutsche Kapitalismus die Erinnerung an seine Nazi-Komplizenschaft und seine Massenverbrechen an Millionen von Zwangs- und Sklavenarbeitern auslöschen. Eine neue Aggression soll eine Zweistaatlichkeit vereinseitigen, die seit über 40 Jahren die Zügellosigkeit und die Vernichtungsmenalität des deutschen Imperialismus beengt und zugleich im Schach hält.

Die Aggressivität der "Anschluß"-Politik setzt **zweitens** auf die bedingungslose gesellschaftliche Polarisierung in der DDR selbst. Im Vorgriff auf das politische Ergebnis sind Hunderte von Arbeitsstäben der BRD-Konzerne in die DDR infiltriert. Sie versuchen dort einerseits, das Management der DDR-Kombinate für ihre Konzepte der Marktexpansion einzukaufen und andererseits die Bildung einer neuen Mittelschicht von "neuen Selbständigen" zu beschleunigen. Es handelt sich um die Schaffung einer neuen sozialen Schicht von Komplizen gegen die demokratische Massenbewegung.

Die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank haben längst Niederlassungen und Funktionsstäbe in den Großstädten der DDR eingerichtet. Die Bundesbank hat das DDR-Territorium schon in Hauptstellenbezirke aufgeteilt. Die Elektronik-, Kraftfahrzeug- und Maschinenbaukonzerne haben begonnen, die DDR-Kombinate unter sich zu verteilen und sich die Rosinen herauszupikken.

Die Aggressivität gegenüber der DDR ist **drittens** durch das wirtschaftspolitische "Anschluß"-Konzept selbst geprägt. Dieses Modell schließt alles aus, was der Wirtschaftsstruktur der DDR in ihrer Gesamtheit zu einem Weg aus der Strukturkrise verhelfen könnte. Allgemeine Konsolidierungsprogramme (etwa im Sinne eines Marshall-Plans) werden abgelehnt und aktiv bekämpft. Die vorhandenen volkswirtschaftlichen Strukturen sollen nur teilweise einverleibt und modernisiert, der größere Teil soll einfach demontiert werden.

Das Annexions-Konzept soll nicht nur kurzfristig de-stabilisieren, es ist auch langfristig auf De-Regulierung angelegt. Es ist auch ein Programm zur radikalen Demontage der Arbeiterklasse der DDR nicht nur in ihrer jetzigen Zusammensetzung. Würde es Wirklichkeit, so käme es zur Massenarbeitslosigkeit, zum Sozialabbau auf allen Ebenen, zur Massenverarmung. Die große Bevölkerungsmehrheit der DDR wäre der Verlierer, und ihr würde eine Minderheit von "neuen Selbständigen", Spekulanten, Rentiers und Managern gegenüberstehen. Nicht nur für eine Übergangszeit hätten wir auf dem Territorium der heutigen DDR Zustände, die aschlimmer wären als selbst in der Zweidrittel-Wolfsgesellschaft der BRD. Denn der BRD-Kapitalismus hat keine gesamtgesellschaftlichen Integrations (ansprüche/momente/elemente?) mehr, er verspricht Beschäftigung und Wohlstand nur noch für eine bereicherungssüchtige und gnadenlos ausgrenzende gesellschaftliche Minderheit. Dort, wo die gesellschaftliche Integration aufhört, hat der deregulierte Kapitalismus der 90er Jahre nur noch Rassismus, (...?) und psychische Verelendung im Schlepptau. In einer zum Hinterland und Billiglohngebiet umgewandelten DDR würden sich diese Tendenzen zusätzlich verstärken.

Die gegenwärtige Gleichschaltungspolitik des BRD-Kapitals erinnert in vielem an den sogenannten Anschluß von Österreich im Jahre 1938. Heute wie damals agieren Konzernstäbe in de facto oder informell besetzten Gebieten, sie treten alle Normen und juristischen Barrieren mit Füßen. Heute wie damals erweist sich eine kollaborationsbereite Schicht von Managern und Spekulanten als unersetzlich für einen reibungslosen "Anschluß".

Aber es gibt auch gewichtige Unterschiede. Das BRD-Kapital beherrscht zwar die politische Klasse von Bonn - von CSU/CDU bis SPD-, eine selber wild gewordene Horde von Erfüllungsgehilfen. Aber es kann nicht auf die Armee, auf den militärischen "Einmarsch" zurückgreifen wie 1938. Es braucht eine Fassade des politischen Massenkonsens. An die Stelle der mechanisierten Panzerarmeen sind die Medienpolitik und die Massenmanipulation getreten.

Auch wir müssen an diesen Unterschieden ansetzen. Wir müssen Gegeninformation auf Massenbasis betreiben. Wir müssen klarmachen, daß das, was der DDR-Gesellschaft durch die westdeutsche herrschende Klasse zugedacht ist, noch schlimmer, noch brutaler wäre als das, was wir in der Ellbogengesellschaft der BRD tagtäglich erleben. Es ist wahr: noch überwiegt die Illusion, daß ein "Anschluß" die Krise der DDR-Gesellschaft rasch lösen und auch aus der Misere der bundesdeutschen Verhältnisse führen könnte. Umso schneller wird sich aber die Ernüchterung einstellen. Wenn wir heute kompromißlos ankämpfen gegen die politischen und ökonomischen Varianten des "Anschlusses", dann tragen wir zur Formierung eines Widerstands bei, der so oder so kommen wird. Wir müssen uns nur rechtzeitig auf die sozialen Aspekte der bundesdeutschen "Anschluß"-Strategie einstellen., um zu einem Faktor des künftigen Widerstands zu werden.

Es besteht kein Anlaß zur Resignation und Niedergeschlagenheit. Nehmen wir den Kampf in der BRD und Westberlin auf, damit die sozialen Bewegungen der DDR zu einer eigenständigen Lösung der Riesenprobleme ihrer Gesellschaft finden. Nehmen wir ihn so auf, daß wir selbst als authentische sozialistische und sozialrevolutionäre Alternative zur Deregulierungspolitik des BRD-Imperialismus im eigenen Land sichtbar werden.

Es geht darum, gegen die Annexions- und Großmachtstrategien des BRD-Imperialismus eine neue soziale Massenbewegung aufzubauen; nicht nur in der DDR, in der BRD, auch in Westberlin.

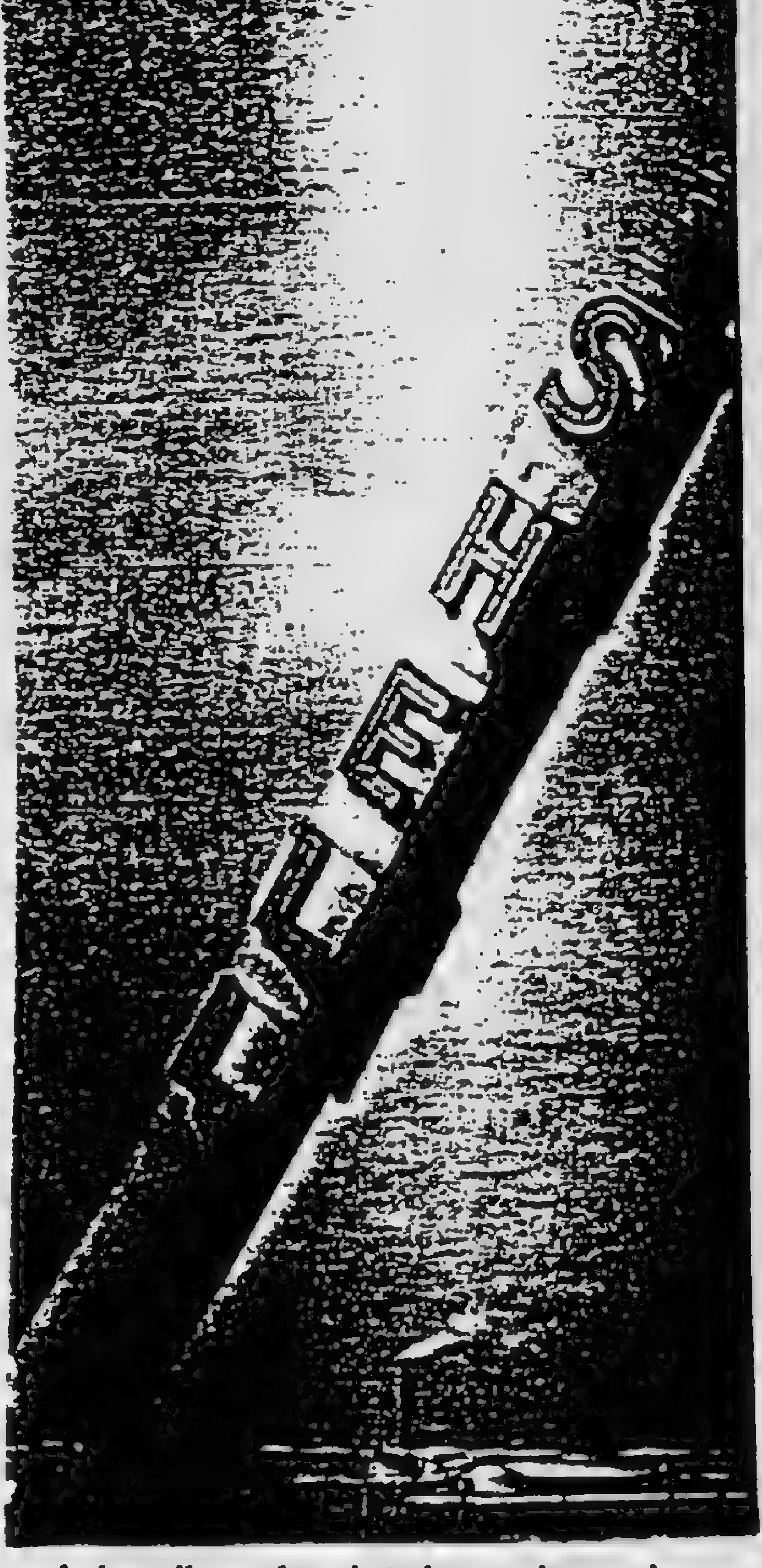
Nie wieder Deutschland!!
Hoch die internationale Solidarität!!

Dieser Beitrag stammt aus der münsteraner anarchistischen Zeitschrift "Projektil"

KILL THEM ALL

Eine Kritik der Kampagnenpolitik

Die Dokumentation aus dem »Shell-Boykott-Reader« des ID-Archivs war Anlaß zu einer kontroversen Diskussion in unserer Redaktion. Eine der dabei geäußerten Meinungen wird im folgenden Artikel wiedergegeben, um die Beschäftigung mit Kampagnen und -politik im Sinne einer Perspektivfindung voranzutreiben.



Krise in der Linken - eine ständige, akute Situation und eine neue Kampagne steht bevor: Kill a multi - shell to hell. Ein neues der vielen linken Mode-Themen, ein Ausweg aus der Krise oder lediglich oberflächlicher Konjunkturimpuls für die sich ewig wiederholende links/euphorische - Strohfeuer-Politik? Das Shell-Diskussionspapier wird fast schon bejubelt - aber: werden nach einsetzendem Erfolg der Kampagne alte Felhler neu gemacht, wird die Suche nach den Ursachen der allseits festgestellten Krise verschoben?

Eine Auseinandersetzung mit dem Diskussionspapier zur Anti SHELL Kampagne und der Krise :

Die ersten Eindrücke zum SHELL-Papier waren und bleiben beeindruckend. Ein Umfangreiches und 'reifes' Konzepts wird hierin gesehen, hinter dem sich ganz grundlegende Diskussionen verbergen. Die Sprache in diesem Papier bleibt verständlich und anschaulich. Umfassend werden wesentliche Bereiche und Themen Linker Politik auf das Kampagnen-Konzept hin betrachtet: Neuer Internationalismus - Patriarchat - Ökologie - Klassenkampfanalyse.

Und im Gegensatz zu manchen anderen Kampagnen-Konzepten werden trotz revolutionärer Postulate die breiteren Möglichkeiten einer Massenbewegung ausgelotet. Es wird eine Auseinandersetzung um die Möglichkeit von Bündnispolitik geführt, die Bereitschaft dazu bekundet und ansatzweise die Beschreibung der eigenen Rolle und Funktion in diesem Bündnis aufgezeigt.

Interessant und für viele Linke Diskussionen qualitativ neu ist die Auseinandersetzung/ Einschätzung bzw. Analyse der Kämpfe hier in der Metropole des Kapitals bezogen auf ihren (nicht) Klassen-Charakter. So wird unterschieden zwischen den Kämpfen hier in der BRD und Westeuropa (also in den Metropolen) und den Klassen-Kämpfen in Lateinamerika, Afrika, Asien etc. (also Trikont). Denn selbstverständlich sind selbst die Kämpfe hier in Europa schon im Ansatz zu differenziert: Belfast und Nortirland lassen sich sehr gut mit den Kämpfen in Südafrika vergleichen (Schwarz/Weiß = katholisch/protestantisch, Vergleichbare Kolonialismuspolitik, Homeland-Strategie, Transfer der Gesetzessysteme zur Repression)[1]. Doch Kreuzberg war nie mit Belfast vergleichbar und Wackersdorf war wiederum etwas anderes. Zumindest in der Sprache und dem Ausdruck vieler linksradikaler Aktionen verschwanden diese Unterscheidungen oder tauchten garnicht auf: mit der Vokabel "Schweinesystem" z.B schien alles erklärbar zu sein.

So umfangreich hier für das Konzept argumentiert wird, so bleibt es in wesentlichen Dingen oberflächlich. Bedauerlicher: mit dieser Kampagne wird die auf einen Punkt konzentrierte Stohfeuer-Politik der autonomen und antiimperialistischen Politik kontinuierlich fortgesetzt. Selbst wenn dies genau anders formuliert wird. Ziel soll es für die radikale Linke sein, sich 'außerhalb der Ein-Punkt-Kampagne' zu orientieren. Daß dazu eine noch fehlende 'überzeugende politische Utopie zu entwickeln sei', wird dahingestellt.

Es geht mir nicht darum eine im wesentlichen gut konzipierte Kampagne schlecht zu machen, sondern darum zu verhindern, daß mit einer Kampagnenpolitik eine notwendige neue Strategie und Inhaltsbestimmung und Diskussion linksradikaler Politik überdeckt wird.

Kampagne: Politik oder Mode?

Kampagnen bleiben Kampagnen und haben ihren beschränkten, aber, wie die Geschichte der Linken zeigt, einen wichtigen Wirkungsgrad: Kampagnen mobilisieren, erreichen breite Bevölkerungskreise und sind für viele der Anfang einer Politisierung. Das ist notwendig und immer zu begrüßen.

So durchdacht wie das Konzept klingt, so kreiert wirkt es. Motto: Wo Bewegung fehlt, muß ihr zur Bewegung verholfen werden. Hintergrund der Kampagne ist wohl die Krise der Linken. Sie entspricht aber nicht einer logischen Entwicklung linksradikaler Politik oder garantiert ihre Kontinuität. Fehlende soziale Bewegung und ihre originäre Entstehung wird künstlich und im Kalkül versucht zu schaffen.

Jahrelanges Ghetto und Schrumpfung und »out of media« sind selbstverständlich eine Bedingtheit unserer Krise, da wir uns mit unseren Ansprüchen und der gleichzeitigen mas-

siven Repression des Staates auch durch unsere völliges überlastet sein und bishin zum bloßen Reagieren gelähmt waren. Aber bringt uns ein dahingestellter äußerlicher Aufschwung zu neuen Theorien, lassen sich alte Fehler dadurch für die Zukunft verhindern.
Als Kampagne wird "kill a multi" ein Strohfeuer neben vielen anderen Kampagnenansätzen bleiben. Selbst dort wo autonome Strukturen einen wesentlichen Ansatz für ihre Entstehung gewonnen haben, z.B. aus der Anti-AKW-Bewegung heraus, verkommt 'revolutionäre' / autonome Politik zur Mode-Politik. Und genau diese Gefahr sehe ich bei der kill a mutli Kampagne.
Ein naheliegendes Beispiel ist die IWF-Kampagne bei der ein Strohfeuer vorprogrammiert war. Für die Kontinuität von Politik in dieser Richtung fehlte ein äußerliches Objekt, so wie es der Ort (Berlin) und das Mammut-Treffen boten. Es ist positiv oder zumindest aktivisitsch gesehen: produktiv, daß das Anti-IWF-Potential mit der Shell-Kampagne wieder eine konkrete Nahrung bekommt, aber die reine Äußerlichkeit und bedingte Willkürlichkeit der Auswahl von Angriffsobjekten bleibt nicht erspart. Es heißt wieder Energien für ein sich bietendens imperialistisches Symbol abzubrennen.
Warum sind wir weniger theorie- und konzept bezogen als vielmehr auf Symbole und konkrete Objekte.

there is no time

Fragt sich eigentlich, wann sind Kampagnen wie Aktionen überhaupt notwendig und genauer, wann ihr rechter Zeitpunkt?
'Der weltweite Klassenkampf ist die Bewegung. Er ist sprunghaft. Deswegen ist er revolutionär. Er kann von einem auf den anderen Tag die Geschichte der Welt verändern. Er hält sich nicht an die Gesetze der Evolution. Daher läßt er sich auch nicht vorausberechnen.'[2]
Kristallisationspunkte in der Geschichte lassen sich nicht vorausberechnen. Eine wie im Papier angesprochene Kontinuität in Struktur und Theorie würde jedoch die Möglichkeiten des Eingreifens verbessern. Statt dessen ziehen die meisten entscheidenden Entwicklungen im Kapitalismus an uns vorbei:
Eine Kampagne gegen die Deutsche Bank bezogen auf die Fusion von Daimler-Benz und MBB wäre von den realen Geschehnissen her notwendig gewesen. Revolutionären Widerstand bekam die Deutsche Bank bei der Durchsetzung dieser Politik jedoch nicht zu spüren.
Nicht vorbeiziehen am Agieren der Raf konnte Deutsche Bank Chef Herrhausen. Hingerichtet wurde er , ohne daß der Deutschen Bank eine Kampagne vor oder hinterher gewidmet würde. Auch diese Art der revolutionären Tat traf das Symbol, doch wiedermal nicht den entscheiden Zeitpunkt. Selbst die Erklärung ist so dünn, ohne konkrete oder bedeutende Ansätze für eine notwendige Diskussion auch zur Krise der Linken vor dem Hintergund der immer perfekteren Expansion des Kapital und der Kapitulation des "sozialistischen" Staatskapitalismus. Das Symbol wurde getroffen, der Expansion jedoch nichts konzeptionelles entgegengesetzt. Es scheint so als seien die spätkapitalistischen "Könige" nur Büttel eines abstrakten Systems, dessen konkretes Gesicht sich durch diese Hinrichtung nicht deutlich machen ließ. Die Autobombe ist verpfufft, aber selbst das Strohfeuer blieb aus.
Kein Zweifel, solange in der Kontinuität keine Erfolge zu verzeichen sind, muß wohl eine Widerstands-Beschäftigung durch Kampagnen-Politik





herbeigeschafft werden, zumindest um einen schwunghaften Anstieg von Aktivitäten zu verzeichen. Quantität von Aktionen ersetzt bei uns nicht selten die Kontinuität und vermittelt das Gefühl von Bewegung. Bei abnehmender Menge nach dem Abbrand, wird gleich das ganze Objekt ins Archiv gestellt und den 'bürgerlichen' überlassen, statt Strukturen langfristig aufzubauen. Es ist jetzt schon abzusehen, daß die Menschen, die noch in 3-4 Jahren einen Multi Shell killen wollen, als verschroben und hinter den Zeichen der Zeit stehend angesehen werden. "The same..."

zwischen Abbrand und Alltäglichkeit

Diese Haltung ist natürlich genauso falsch, wie die Argumente für eine Anti-Shell-Kampagne richtig sind. 'Solidarität ist eine Waffe, unsere beste' wird schön formuliert.[3] Unsere Abbrenn-Politik ist jedoch das abschreckenste Element zur Verlässlichkeit auf unsere Solidarität für alle sozialen Bewegungen und insbesondere für die Menschen die in der Alltäglichkeit (z.B. in den Betrieben, in der Wohnsituation etc.) *ihre* Kämpfe führen. Diese Kämpfe sind die realsten Fundamente für eine ganzheitliche Revolutions-Perspektive. Meiner Einschätzung nach werden nicht nur 'wir es nicht sein, die diese Revolution erleben werden'

(wie es das Papier feststellt), sondern auch genau wir ModepolitikerInnen werden es nicht sein, die eine solche Revolution tragen. Eher werden mal wieder Avantgardgelüste die realen revolutionären Prozesse be- und verhindern. Statt an den Blauen Bänden (Literatur der Herren Marx bis Lenin) zu kleben, sollten Erfahrungen zwischen den verschiedenen alltäglichen Kämpfen tradiert werden und von denen gibt es nicht nur die, die wir in unseren Blättchen sceneintern zusammenkritzeln. Der 68er und nach 68er Linken fehlte immer sehr schnell der Bezug zu den alltäglichen Kämpfen der alltäglichen Menschen.

"Die Verknastete Gesellschaft" - Linke Dogmen statt sensiblem Realitätssinn

Ein Text-Beispiel der Raf von 1972
"...sie haben nur den Status quo vor Augen. Sie sehen in der Gewalttätigkeit des Systems nur die Gewalttätigkeit, nicht seine Angst. Sie sehen in der Militarisierung nur die Waffen, nicht das Abbröckeln ihrer Massenbasis. Sie sehen in der Hetze von BILD nur die Hetze, nicht die Unzufriedenheit der BILD Leser .... sehen in der politischen Apathie des Proletariats nur die Apathie, nicht den Protest gegen ein System, für das es sich nicht zu engagieren lohnt; sie sehen in der hohen Selbstmordquote des Proletariats nur den Akt der Verzweiflung, nicht den Protest. Sie sehen in der Unlust des Proletariats zum ökonomischen Kampf nur die Unlust zum Kampf, nicht die Weigerung, für läppische Prozente und blöden Konsum zu kämpfen. Sie sehen in der gewerkschaftlichen Unorganisiertheit des Proletariats nur die Unorganisiertheit, nicht das Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsbürokratien als Komplizen des Kapitals." (texte der Raf, S. 400)

Kein Kampf hat eine Perspektive, wenn in ihm keine Hoffnung zu spüren ist. Von den 'Konzepten' und Kämpfen der Raf nach diesem Text blieb so gut wie keine hoffnungsvolle Perspektive. Über die Raf hinaus existiert in der Brd-Linken bis heute ein Bild des Systems, in dem die totale Kontrolle über den einzelnen Menschen existiert. Also (und genauso wird es formuliert) wird dieses System der totalen Kontrolle als faschistisches System begriffen. Das ist nie die ganze Wahrheit, weil es neben diesem Bild niemals eine Hoffnung geben könnte.

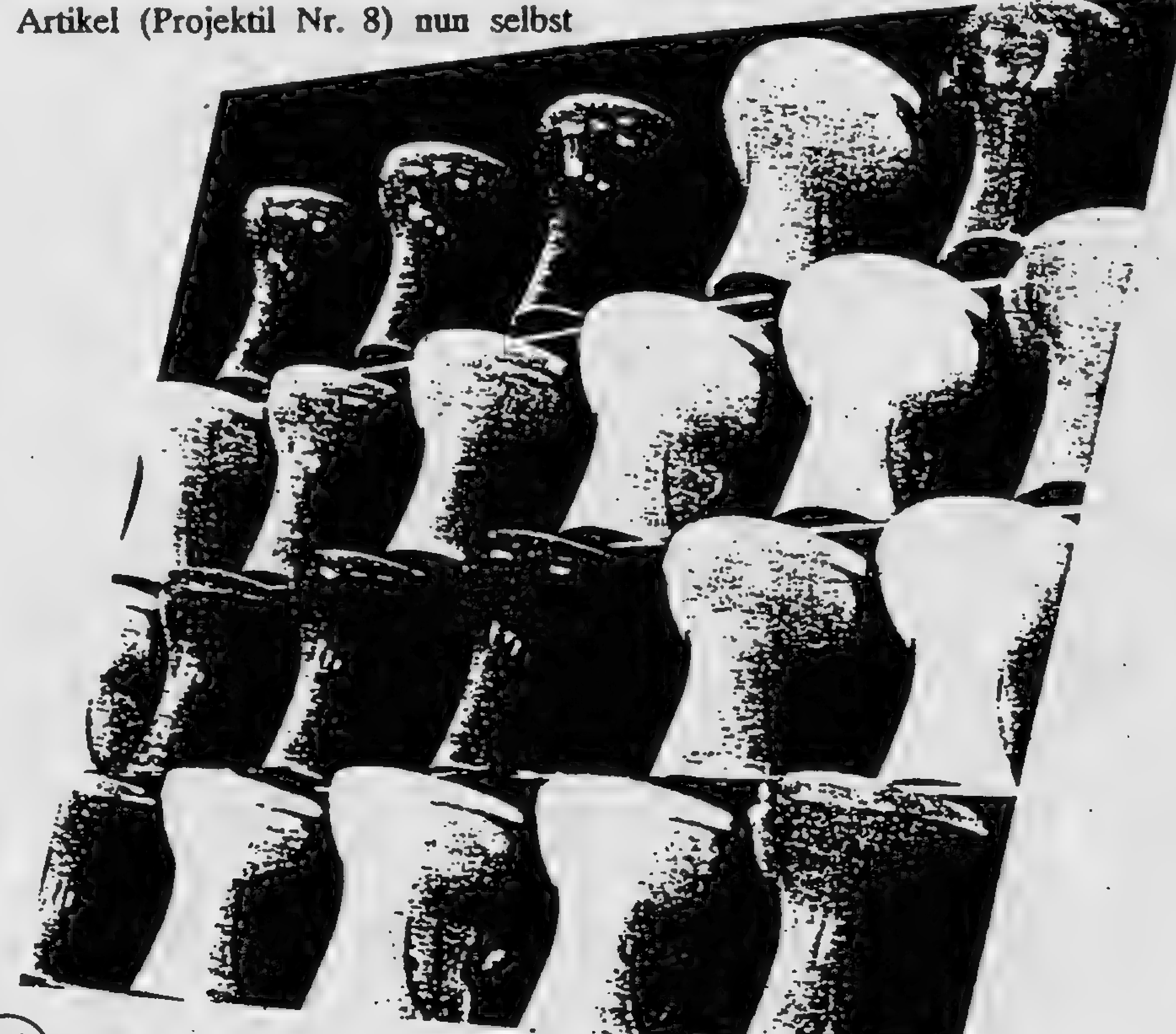
Ein Ansatz aus diesem Bild der 'verknasteten Gesellschaft' eine Perspektive für Utopien und Hoffnung wiederzuentdecken, sehe ich in der Problematisierung der Lust am Kampf (s. Projektil Nr.8). Das Thematisieren der Lust am/bei/im Kampf sehe ich als notwendige Reaktion auf einen Erfahrung aus dem 'eingeknasteten' Kampf, der 'revolutionäre Moral' und die damit verbundene Schwere versprüht, statt Perspektiven und Hoffnungen zu vermittelt. Ich denke es geht um die künstlich geschaffene Lust, die psychologische Umsetzung von unmotiviertem Kampf in Energien für eine bewußtseinsmäßig als richtig und wichtig erkannte Sache. Das dieser 'Lust' am Kampf Analogien zum patriachalen / militaristischen Kampfeslust zugeschrieben wird, muß jeder/m Schmerzen, der/die für sich diese Wichtigkeit erkannt hat. Ein solches getroffen werden ist jedoch immer eine Voraussetzung zur wirklichen Auseinandersetzung mit einer Krise, die ja nicht zu leugnen ist. Und ohne solche Auseinandersetzungen gibt es keine Entwicklung und schon garnicht aus dieser Krise 'der Linken'. Schade nur, daß diese Kampf und (er-)Lust-Artikel (Projektil Nr. 8) nun selbst neben den Ansatz dazu keine Perspektive der Hoffnung entwickelt.

Einen Ansatz für diese Hoffnung sehe ich jedoch genau in Analysen wie der o.g. raf-text sie noch vornimmt. Genauer gesagt, in dem gesehen wird, daß jede/r Einzelne in seiner (gerade auch alltäglichen) Situation bereits die Hoffnung entwickeln kann, die gerade zum 'revolutionären Kampf' motiviert.Jeder 'reformerische Ansatz' hingegen geht an den entscheidenden Wünschen und Bedürfnissen der Individuen vorbei und modifiziert sie in neuer Unfreiheit Doch diese revolutionäre Subjektivität muß auf einer breiten Basis entstehen, braucht einen Antrieb und Motivation dadurch, daß wir viele sind und das es viel zu hoffen gibt.

Die Gefahr, daß die kill a multi Kampagne (und das gilt für all unsere Politik) zu einer reinen und der eigenen Realität entfernten Soli-Kampagne verkommt, bleibt bestehen, wenn sie nicht den Bezug zur alltäglichen Getroffenheit in unserem System entwickelt.

Repression als Erfolgskriterium ?

Unsere Ein-Punkt-Revolutions-Politik endet in der Regel hinter dem Höhepunkt der Repression. Andererseits scheint die Härte der Repression



scheint schon der Maßstab unser Politik zu sein. Sicher geschieht das aus einem Mangel an Kontinuität in Theorie und Struktur unseres Widerstandes heraus.

Klassenkampf und Blaue Bände

Der Aspekt des Klassenkampfes geht zusehends den Bach runter. Kein Wunder, wenn so große Teile unseres Widerstandes z.B den Staats-Sozialismus unhinterfragt ließen. Ein großer Schwachpunkt der Raf-Erklärung zu Herrhausen ist ja auch gerade eine Einschätzung der neuen Entwicklungen in den für Kritik bisher tabuisierten staatsozialistischen Ländern ('die traditionelle, marxistische Analyse reicht also heute nicht mehr aus.' 'Die hegemoniale Macht in der kommunistischen Internationale stellte seit der Oktoberrevolution die Sowjetunion dar. Diese Form proletarischen Internationalismusses ist heute als gescheitert zu betrachten, wichtigstes Beispiel dafür ist die Sowjetunion selber, die durch Nationalitätenkonflikte erschüttert wird.' Es wird das 'Ende' der antiimperialistischen Politik der SU zugunsten ihrer nationalen Wirtschaft gesehen).

Das Diskussionspapier arbeitet zwar moderat noch vor Monaten für viele linken Gruppen undenkbare Kritik am Marx und Blauen Bänden fixierten Klassenkampf ein und versucht die überfälligen Schattierungen in das bisherige Schwarz-Weiß-Muster hineinzuarbeiten. Die Shell-Kampagne entlarvt jedoch unseren Widerstand zusehends, als einen Hobby-Widerstand von intellektuellen Metropoliten. Das ist durchaus positiv zu bewerten, denn Ehrlichkeit und Realitätssinn sind durchaus ein Fundament zur Einschätzung unserer Politik und zur Entwicklung greifender Theorie. Aber wo finden sich in dieser Kampagne revolutionäre Perspektiven, die unsere Alltäglichkeit hier und jetzt entscheidend berücksichtigen, d.h. für den Alltag eine revolutionäre Utopien und Hoffnungen entwickeln?

Aus der Geschichte lernen

Das Papier erinnert an vergangene Kampagnen und Bewegungen, aber arbeitet vielleicht mit Ausnahme der IWF-Kampagne nichts entscheidendes an deren Geschichte auf. Hat eine Anti-Shell-Kampagne eine andere Chance und genauere Perspektive als die Anti-Kriegs-Kampagne ? "Die Geschichte nicht kennen, heißt sie wiederholen zu müssen." In linken Archiven stöbernd, kommt mir schnell das Gefühl der Wiederholung. Viel mehr als einen Anstoß dafür, daß das Hamsterrad der Wiederholungen sich wieder schneller drehen könnte, vermittelt diese Kampagne nicht.

Chancen der Kampangne

Das was sich jetzt schon abzeichnet in Südafrika ist eine perfekte Modernisierung des Kapitals. Der Anachronismus, das Unzeitgemäße der Burenherrschaft stört den weltweiten Prozeß des Kapitals.

Ein Nicaragua in Afrika wird es wohl nicht geben. Hoffentlich hält die Kampagne diese Entwicklung durch. Eher glaube ich, daß die Enttäuschung riesig sein wird, wenn festgestellt werden muß, daß der ANC sich bereits jetzt um diplomatische und parlamentarische Strategien Gedanken macht.

Die Opposition und der Widerstand in Südafrika wird in einem reformerischen und revolutionären Teil gespalten werden. Es wird weiterhin eine Masse von Millionen Armen geben, die den Reformern von morgen nichts bedeuten. Sie arbeiten wohl schon bald an ihrer Mittel Schicht.

Eher als das Shell in einer Kampagne gekillt wird, wird ANC Shell-Manager und all das andere Kapital zum Tee einladen und darum bitten ihr Kapital aus der Schweiz wieder nach Südafrika zu transferieren.

Es ist das Dilemma der bisherigen nicht revolutionären Solidaritätskampagnen, daß sie sich im Prinzip lediglich auf die Burenherrschaft gerichtet haben. Hier wäre eine KONTINUIERLICHE Anti Kapitalismus Kampagne sicher nützlich.

Noch ein Aspekt zur Bündnispolitik

Bei der ganzen Unterschiedlichkeit zwischen einer revolutionären Kampagnen-Perspektive und der bisherigen Solidaritätsarbeit so vieler unterschiedlicher Gruppen und vor dem Hintergrund der schnellen Entwicklung dort mit dem Erfolg des Establishment in Südafrikas, kann es nur schwer zu echten Bündnissen kommen. Es müssen neue und deutliche Aktionsformen gefunden werden, die deutlich machen was jetzt in Südafrika passiert.



1 Dietrich Schulze- Marmeling und Ralf Sotscheck betonen in ihrem jüngst erschienem Buch "Der lange Krieg - Macht und Menschen in Nordirland", Verlag die Werkstatt, daß die Besiedlungspolitik der Insel durch die Kolonialmacht vergleichbar ist mit Kenia, Zimbabwe, Algerien und Südafrika. Bezogen auf Südafrika und Irland stehe die Dekolonisation noch aus. "Weiterhin ist der Sonderfall Irland dadurch gekennzeichnet, daß das Land die einzige Kolonie war, in der die Religion und weniger die Rasse die Trennung zwischen Kolonialisten und Kolonisierten markierte. Dies lag schlicht daran, daß die Hautfarbe diese Rolle schwerlich übernehmen konnte." Für mich liegt eine Berücksichtigung dieses "metropoleninternen Kolonialismus" in der Kill-Shell-Kampagne nahe.

2 wildcat 49, "Wer mit Bananen handelt, wird Zitronen ernten!" S.1 there is no time

3 Überhaupt ist die Sprache nicht nur begrüßenswert verständlich, sondern erzeugt bei mir ebenso Mißtrauen durch die inhaltsleere "Werbesprache" an vielen Stellen: "Die Möglichkeiten militanter Solidarität sind fast unbegrenzt, denn Shell ist wirklich überall" - Aha, "wirklich überall", so wie es "wirklich überall" alltäglichen Sexismus oder meinetwegen Atom-Strom aus der Steckdose gibt. Naja, schon recht, das gehört zum Kampagnen-Geschäft.

MANDELA IST FREI, WIR SCHNEIDEN WEITER

(übersetzt aus NN Nr.51, Amsterdam 22 Feb. 1990)

In der Nacht vom Sontag, dem 17. Februar wurden in den Niederlanden, Italien und Westdeutschland Aktionen gegen SHELL durchgeführt mit der Hauptforderung, daß sich SHELL aus Südafrika zurückzieht. In den Niederlanden wurden Zapfsäulen und Tankwagen beschädigt.
Dieses ist ein Interview mit zwei Menschen aus den Niederlanden, die an den Aktionen teilgenommen haben. Interviewer und Interviewte bleiben aus hoffentlich verständlichen Gründen anonym.

Frage.: Zuallererst, es kann ja jeder für sich in Anspruch nehmen an den Aktionen teilgenommen zu haben. Wie wissen wir, daß ihr an der Aktion beteiligt wart?
Karin: Wir haben an dieses Problem gedacht und können einen Beweis vorbringen, den die Presse nachprüfen kann. Wir haben auf dem Dach an dem betreffenden Objekt in Deventer einen leuchtenden Elefanten hinterlassen. Journalisten, die uns nicht glauben, können das bei der örtlichen Polizei nachfragen. Aber wahrscheinlich liegt er da noch immer und die Journalisten müssen persönlich auf das Dach klettern.
Frage: Gut, vorige Nacht hat es wieder Aktionen gegen SHELL gegeben. Wir haben die Presseerklärung vor uns liegen, es geht noch immer um Südafrika?
Karin: Nächste Frage.
Pieter: Ohne Zweifel. Es ist eine Tatsache, daß sich in Südafrika kein bischen etwas verändert hat. Natürlich hat die schwarze Bevölkerung einige wichtige Siege erringen können. Z.B. daß die Rassisten gezwungen werden konnten, das Verbot von vielen Oragnisationen aufheben zu müssen und die bedingungslose Freilassung Mandelas. Aber dabei bleibt es erstmal, und du kannst sagen, daß der Kampf nun in eine neue Phase getreten ist. Genau jetzt bereiten sie sich vor, die tatsächliche Umwälzung durchzusetzen.
Frage: Nun sagt ihr, daß sich die Kampagne gegen SHELL immer weiter entwickelt und daß SHELL immer stärker unter Druck kommt. Aber ist das wirklich so, ist es nicht eher so, daß die Aktionen abnehmen zumal die politische Spitze weniger als je gewillt ist, Sanktionen gegen Südafrika aufzunehmen?
Karin: Ich sehe es nicht, daß die Aktionen abnehmen, sondern eher zunehmen, auf den kurzen Zeitraum von ein zwei Jahren bezogen. Du hörst vielleicht weniger darüber, zumal sich langsam jeder schon so daran gewöhnt hat. In Dänemark und Schweden gedeiht die Sache noch besser als der Kohl. In Westdeutschland ist es in radikalen Kreisen Diskussionsthema Nummer eins, es gibt große Versammlungen und Broschüren kommen heraus. Die Kampagne verbreitet sich langsam auch in andere Länder, nach Italien und Kanada. Es macht uns keiner weiß, daß das für SHELL nicht bedrohlich ist. Es ist auch wichtig, daß die normalen Menschen (Pieter: sie meint nicht-aktive) in zunehmenden Maß bewußt sind, welche Rolle der Betrieb spielt. Sicher in den Niederlanden, aber auch in den obengenannten Ländern hat der Betrieb für viele Menschen seinen guten Namen verloren. Daß kommt dadurch, daß er mit Worten angegriffen wird. Nicht nur auf illegale Weise, die legale Kampagne spielt natürlich auch eine große Rolle, aber die anhaltende Sabotage gegen den Betrieb hat es jetzt deutlich gemacht. Nicht bei allen Menschen, die sich darüber bewußt werden, setzt sich die Kenntnis in einen Boykott um, aber es ist eine stetig steigende Tendenz zu verspüren, daß immer mehr Menschen finden, daß SHELL etwas Anrüchiges hat.
Pieter: Und was die Poltik in Westeuropa betrifft, das ist für uns nicht die Orientierung. Der Schlag um sie zu zwingen, SHELL fallen zu lassen, verlangt von jedem nur ein bisschen Zeit. Soweit sie nur aufgebracht wird. Die Thatchers, Kohls und Lubbers reden um den heißen Brei herum. Sie stehen an der Seite von SHELL und holen immer wieder selbst die Kohlen aus dem Feuer. Mit der "kritischen Beteiligung" propagieren sie, daß man genau in Südafrika bleiben muß, um es der Kritik zu öffnen, genauso wie SHELL. Daran sollen sie nichts verändern, dafür ist die politische Macht in der Wirtschaft auch viel zu sehr zwei Seiten der selben Medallie. Sie lassen SHELL auch auf großen Druck von der Basis nicht fallen (genausowenig lassen sie die USA mit den Cruise missiles im Stich).
Aber sie müssen immer deutlicher ihr Gesicht zeigen. Der Zusammenstoß zwischen Regierung und LOTA Gemeinden (Gemeinden, die keinen weiteren Vertragsverlängerungen mit Firmen mit Südafrikakontakten zustimmen, Anm.d.Ü.) war, was das betrifft das deutlichste Beispiel. Wobei die Gemeinden dabei noch sehr vorsichtig sind. Daran konnte mensch merken, was man davon hat, wenn die PvdA in der Regierung ist. In diesem Moment setzte sich die Regierung ein, um SHELL zu Hilfe zu kommen. Sie haben eben kapiert, daß die LOTAs einen Beschleuniger-Effekt in dem Anti-SHELL-Aktivitäten haben. Wenn du das weißt ist es normaler gegen den ganzen Betrieb zu sein, als für den Betrieb und ihre Politiker. Wir sollten davon natürlich nicht ablassen, um den Druck auf sie möglichst zu vergrößern, aber darauf sind wir nicht orientiert. Wir richten uns direkt an SHELL, und an die andere Seite, die Konsumenten.
Frage: Aber wenn man mehr gemäßigten Südafrika Experten glaubt, ist der Streit doch vorbei, es kann sich jeder freundlich mit dem anderen an einen Tisch setzen und darüber reden. Die südafrikanische Regierung zeigt sich von ihrer besten Seite, warum dann noch immer weitergehende Aktionen machen?
Karin: Nun in der Tat ist die Jubelfeier bekannt, die da ausgebrochen ist. Klar es jubelt ja auch alles. Genauso

könntest du jetzt aber den Vergleich anstellen, daß du wieder ins Jahr 1960 zurückgekehrt bist, als der ANC noch nicht verboten war und Mandela frei herumlief.
Pieter: Es ist simplizistisch anzunehmen, daß de Klerk "mutige Schritte" unternimmt und damit Veränderungen in das Land kommen. Als ob sie nicht dazu gezwungen wären, diese Schritte zu unternehmen. Natürlich ist es gewaltig, was in den letzten Wochen passiert ist, allein die tatsächliche Apartheid hat sich überhaupt nicht verändert. In derselben Zeit hat es wieder eine ganze Reihe von Toten gegeben. "Das ist der Anfang, den wir durchlaufen..." und so weiter, hieß es früher und so ist es. Es gibt Schwachstellen in dem Damm der Apartheid und nun machen sie sich steinhart daran, um die Macht von den Weißen ein für allemal wegzuspülen. Und wir können etwas mitdrücken. Darum muß SHELL das Land jetzt verlassen. Wenn die eventuellen Verhandlungen mißglücken, wird der Kampf in seiner ganzen Gewalt auflodern.
Karin: Und wenn sie gut verhandeln, ist es wichtig, daß die Rassisten so schwach wie möglich am Tisch sitzen, also ohne die Unterstü+tzung von Betrieben wie SHELL im Rücken. Ich bin gespannt, was passieren wird. Wahrscheinlich sind die Verhandlungs-Koffer von de Klerk ganz leer. Mit diesen Schritten kann er sich vielleicht ein Jahr halten und es ist erst ein halbes Jahr um und ein halbes steht noch bevor. Aber wenn er nicht weiter macht (und die schwarze Bevölkerung fordert das unzweifelhaft), dann explodiert das Land. Wenn die Menschen erst mal Raum gekriegt haben und eine Hoffnung aufkommt und davon werden sie Gebrauch machen, dann sollen sie mal versuchen Mandela einzusperren und ANC Treffen zu verbieten.
Pieter: Und dann sollen die Herrschenden in den Niederlanden mal klarstellen welches die Bedeutung davon ist, daß SHELL bleibt, in einem Land wo Menschen bis auf den Tod kämpfen.
Karin: Aber losgelöst davon, es kann an uns liegen, nur wir haben ein bischen weniger Geduld als Van de Broek, der in der Zeitung schreibt, daß wir das nicht beeinflussen können. Die Menschen sterben dort, ob durch den Hunger, durch die Kugeln oder durch die Knäste; es passiert jetzt. Shell muß jetzt weg und die schwarze Bevölkerung muß jetzt an die Macht.

Frage: Gut, tutut, bischen ruhiger. Jetzt anders, werdet Ihr nicht langsam müde immer wieder Zapfschläuche zu schneiden? Ich meine, es scheint doch so, daß weltweit insgesamt rund 500 Tankstellen von Shell schon mal an der Reihe gewesen sind. Es gibt Tankstellen (die in Amsterdam mal ausgenommen) die schon siebenmal heimgesucht worden sind...
Pieter: Tja...
Karin: Ein bischen geht es mir schon so.
Pieter: Mehr aber auch nicht, es bleibt nett, und nach ein paar Mal wird mensch auch schlauer. Wir gebrauchen nun einen Seitenschneider (so eine Art Baum- oder Heckenschere, die redaktion), wo wir früher mit einer Eisensäge zugange waren.
Karin: Und es ist geradezu der verwundbarste Punkt. Überall gibt es Tankstellen, oft kann mensch an abgelegenen Flecken ohne aufwendige Mittel eine ganze Menge unbrauchbar machen. Die ganze Demokratie. Es steckt auch eine starke Symbolik darin, SHELL kann sagen was es will, wir hacken die Schläuche ab, oder wir werfen Schweinerein in das Benzin und sie können das Zeug nicht mehr verkaufen. Punkt. Es ist ziemlich einfach und es jagt keinem Arglosen einen großen Schrecken ein und ist doch sehr effektiv.
Pieter: Aber auch immer weniger, denn sie reparieren die Zapfschläuche immer schneller. Und man muß immer mehr Touren auschecken um nicht geschnappt zu werden, oder sie erfinden immer neue Schlösser für die Tankdeckel...
Karin: Am Anfang hatten sie nicht mal Schlösser, da konnte man die Deckel einfach abschrauben. Hahahaha.
Pieter: Bei diesem Mal sind auch mehrere Tankwagen beschädigt worden. Vorigen Monat ist das Reklamebüro von SHELL angegriffen worden, es müssen nicht immer die Pumpen sein.
Frage: Aber die Presseerklärung da, die geht doch über alles mögliche, nicht nur über Südafrika. Geht es nun um Apartheid oder geht es um den Multi?
Karin: Ja, und um den Widerstand.
Pieter: Danke für den Tee und die ganzen Sachen.



Nie wieder Deutschland!

„Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden“

Ulrike Meinhof

Für Menschen die sich nur aus den bürgerlichen Medien informieren gibt es momentan nur ein Thema:
Wiedervereinigung, Wiedervereinigung und nochmals Wiedervereinigung.
Mensch muß sie einfach wollen, ersehnen und erwünschen, diese Vereinigung.
Andere Meinungen scheint es da nicht zu geben, keine Stimme sich gegen "Deutschland" zu erheben.

Aber es ist anders!

Am 10. März 1990 war in Leipzig die erste DDR-weite Demo, die von im weitesten Sinne als Autonome Antifa-Gruppen zu bezeichnenden Zusammenhängen initiiert wurde. Diese Demonstration richtete sich gegen die geplante Wiedervereinigung und gegen Neofaschismus, der momentan in der DDR enorm an Boden gewinnt. So waren faschistische Töne auf den letzten Montagsdemos vor der Wahl in Leipzig unüberhörbar geworden.
Zur Antifa-Demo waren über 500 Leute gekommen. Teilweise maskiert (obwohl das in der DDR noch nicht nötig ist) zog der Demozug kreuz und quer durch die Leipziger Innenstadt und endete in der riesigen Eingangshalle des Hauptbahnhofes.
Von Faschisten war die ganze Zeit nicht das geringste zu sehen, auch die Polizei war fast nicht zu bemerken. Nur eine Handvoll Vopos in normalen Uniformen wären da, die selbst in dem Moment nicht eingriffen, als ein Polizeiauto ein wenig verschönert wurde.
Im übrigen wurden alle Bonzenautos aus der BRD, die an der Demoroute standen, entlüftet und, was die Benze betrifft, entsternt. Die Bonzenautos waren an diesem Tag sehr zahlreich, weil einen Tag später die Leipziger Messer eröffnet wurde. Damit ist klar, daß auch die Antifa-Gruppen in der DDR den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapital sehen.
Von dieser Demo hörte mensch, außer einer völlig diffamierenden Kurzmeldung im ZDF, nichts.
Völlig unterdrückt von den Medien wurde die Demo gegen die Wiedervereinigung am 15. März 1990 in Göttingen. Autonome Antifas mobilisierten für sie unter der Parole "Nie wieder Deutschland !".
Auf der Demo, die ein Bündnis aus linken Gruppen organisiert hatte, also ohne SPD, DGB und Grüne, kamen ca. 800 Menschen.
Als sich die DemonstrantInnen auf dem Göttinger Marktplatz versammelten, sahen sie sich einer Polizeiarmee gegenüber. 17 Wannen, ein Wasserwerfer, mit Eishockey-Ausrüstung gepanzerte SEK-Trupps, ein Wagen mit installierter Videokamera etc..
Einsatzleiter vor Ort war der allseits bekannte Willibald Elsner. Elsner ist Vorsitzender der GdP (Gewerkschaft der Polizei), SPD-Kreistagsabgeordneter und bekannt als Rechtsaußen und Choleriker.
Elsner war es, der nach einer Scherbendemo im November 1986 im Polizeiblatt "Göttinger Tageblatt" in einem Artikel ausführte, daß bei künftigen Demos dieser Art der Schußwaffengebrauch angebracht wäre.
Elsner war es, der die Antifa-Demo gegen das FAP-Zentrum in Mackenrode bei Göttingen am 7. Mai 1988 unter fadenscheinigen Begründungen, wie die Maskierung eines Großteils der AntifaschistInnen, zusammenknüppeln lassen wollte. (Maskierung war zu dieser Zeit noch eine Ordnungswidrigkeit und nicht wie heute ein Straftatbestand. Das hieß, daß es im Ermessensspielraum der Polizei stand,m ob sie gegen Maskierte einschritt oder nicht). Er wurde deshalb kurz vor der Demo von seinem Kommandoposten enthoben.
Elsner war der schlimmste Hetzer gegen das "Antifaschistische Bündnis Göttingen", das von Ende 1987 bis September 1988 aus einem Spektrum von Autonomen bis zum DGB bestand.
Elsner war es, der sich im Göttinger Kreistag zu den wüstesten Beschimpfungen gegen die Grünen hinreißen ließ, die eine Resolution gegen die gemeinsame Resolution von SPD und CDU einbringen wollten. In dieser Resolution der CDUSPD wird vor allem der Polizei für ihren zurückhaltenden Einsatz (schluck) während der bundesweiten Demo zu Connys Tod vom 25.11.1989 gedankt.

Unter dieser Einsatzleitung sollte die Demo am 15. März gegen den Anschluß der DDR an die BRD zum Gefangenentransport werden, keine Maskierung, keine falsche Bewegung oder die Polizeitruppen würden in die Demo reinschlagen, das gab Elsner persönlich auf dem Marktplatz bekannt.
Unter dem Eindruck dieser massiven Drohung kam der Entschluß der DemoteilnehmerInnen zustande, zuerst die Redebeiträge zu halten, weil es viele Menschen gab, die unter diesen Bedingungen nicht losgehen wollten.
Erst redete ein Vertreter des Bündnisses, dann eine Frau zum



Die erste autonome Antifa-Demo in der DDR am 10. März 1990 in Leipzig gegen Faschismus und gegen die Einverleibung der DDR durch die BRD



Nie [illegible] eutschlan[illegible] am [illegible] rz 1990 [illegible] Göttingen (BRD)

Thema, welche Nachteile den Frauen aus der "Wiedervereinigung" drohen, danach kam ein Ausländer zu Wort, der auf die verschärfte Situation für Asylanten und Ausländer durch den Anschluß der DDR an die BRD aufmerksam machte.
Zum Schluß sprachen ein Vertreter und eine Vertreterin der Autonomen Antifas, die in ihrer Rede u.a. deutlich machten, was unter der Kampagne "Nie wieder Deutschland!" zu verstehen ist und zur Wahlsabotage aufriefen.
Nach den Reden und einigem Hin und Her ging die Demo dann doch los.
Allerdings nicht ohne die Polizei beim Abmarsch noch ein wenig zu verarschen.
Brav formierte sich nämlich der Demozug hinter dem Polizeifahrzeug mit der aufgebauten Videokamera und einem größeren Trupp grünbekleideter Fußtruppen. Dann drehte sich die gesamte Demo jedoch blitzschnell um und die Polizei befand sich am Ende der Demonstration.
Über diesen kleinen Anfangserfolg hinaus gab es wenig Positives. Der Dokumentations-Wagen der Polizei fuhr nun zwar hinter der Demo her, filmte aber trotzdem alles und ständig. Zeitweise gab es Bullenspalier, vor größeren Warenhäusern standen Polizeiketten.
Es waren absolut keine Aktionen möglich, die Polizei war ständig im Hintergrund präsent, um sofort zuzuschlagen. So wurde am Ende der Demo auch noch ein Demonstrant abgegriffen, der nach Feststellung der Personalien wieder freigelassen wurde.

Das Bündnis wertete diese Demo trotzdem als Erfolg, das sehen wir nicht so. Denn erstens waren zu wenig Leute auf der Demonstration, um von einem Erfolg sprechen zu können und zweitens war die Demo war zu 100 Prozent unter Polizeikontrolle, d.h. die Polizeistrategie ging voll auf. Bei dieser Ausgangslage kam doch mehr das Gefühl von Schwäche und Ohnmacht auf als alles andere.

Samstag, 17. März

Am Samstag fanden sich an Connys Todesstelle auf der Weender Landstraße zwei- bis dreihundert Leute gegen 19 Uhr zur Mahnwache ein. Von der Fußgängerbrücke über die Weender Landstraße wurde ein riesiges Transparent gehängt und für den Birkenstamm mit Connys Namenschild, der kurze Zeit vorher abgesägt worden war, wurde ein neuer errichtet. Zusätzlich waren viele Leute als SprüherInnen aktiv.
Gegen 21 Uhr gingen die Menschen von der Mahnwache als Demozug in die Stadt. Kurz vor dem Marktplatz, am Kornmarkt, wollten dann plötzlich Schlägertrupps der Polizei in die Demo reinhauen und einen Sprüher abgreifen.
Das konnte nur durch BürgerInnen und solche, die dafür gehalten wurden, verhindert werden, die bei der Demo mitgegangen waren und sich schützend vor die anderen DemoteilnehmerInnen stellten.

Über all diese Ereignisse war, außer einer desorientierenden Kurznotiz, nichts in der Presse oder sonstwo zu lesen oder zu hören.
Offensichtlich bestätigt sich hier wieder die Erfahrung, die wir zuletzt bei der Demo zum 9. November 1989 (Demo zur Erinnerung an die "Reichskristallnacht" 1938 und den revolutionären Aufstand im deutschen Reich vom 9. November 1918) und bei zwei Häuserkampf-Demos zum besetzten Haus am Theaterplatz 9 gemacht haben, unliebsame Aktionen und Meinungen werden einfach von den herrschenden bürgerlichen Medien verschwiegen - Meinungsmache pur.

Die Wahlen in der DDR

Daß Demos und Aktionen, die sich gegen den Anschluß der DDR an die BRD richten, unterdrückt und verschwiegen werden, hängt mit der momentanen Staatsdoktrin zusammen.
Der Anschluß ist für ein mächtiges, imperialistisches Staatsgebilde mit dem Namen Deutschland wichtig. Dabei nützt den Herrschenden vor allem der Volkswille, der ja zweifelsfrei, insbesondere in der DDR, den Anschluß will.
So hat das Wahlergebnis vom 18. März all unsere Befürchtungen bestätigt. Bei der von der BRD vorangetriebenen und bestimmten Wahl in der DDR haben die Rechten abgesahnt, linke Parteien kamen nur unter ferner liefen vor, sei denn, mensch will die PDS als linke Partei bezeichnen, was wir in Frage stellen.
Eine der wichtigsten inhaltlichen Wahlaussagen scheint die Währungsunion und das Wahlversprechen von BRD-Kanzler Kohl gewesen zu sein, daß die Sparguthaben der DDR-Kleinsparer eins zu eins in DM umgetauscht werden, wenn die rechten Parteien gewinnen.
"Kommt die D-Mark nicht hierher - gehen wir zu ihr" war ja schon lange vor der Wahl ein weitverbreiteter Spruch in der DDR.

Nun denn, wird also nach wie vor der Klassenkampf weiterhin auf der Überholspur der Autobahn stattfinden.
Der Ausverkauf der DDR ist beschlossen und verkündet und gesamtdeutsche Wahlen noch in diesem Jahr rücken tatsächlich in den Bereich des Möglichen.
Lassen sich auch die Risiken eines solchen gesamtdeutschen Unternehmens für alle Beteiligten noch nicht in ihren ganzen Konsequenzen abschätzen, wird der Ausgang der Wahlen die Rechte stärken - politisch zurück in die 50er, es wird wahr!
Wobei wir vermuten, daß die verbitterten Kleinsparer aus der BRD in dem Moment, wo sie auf der Autobahn von den Benzen der ehemaligen DDR-Kleinsparern überholt werden, erbost die Republikaner und ähnliche Parteien wählen werden. Nicht zuletzt ist mit der DSU das Gespenst der vierten Partei Wirklichkeit geworden.

Perspektivisches

Bei diesen trüben Aussichten können wir erstmal nichts weiter machen, als uns auf die neue Realität einzustellen. Wir müssen versuchen, mit den wenigen Leuten, die in der DDR so drauf sind wie wir, zusammenzukommen und wir müssen uns auf verstärkte Repressionen einstellen.
Laßt uns bloß nicht anfangen zu heulen - es hat doch wirklich gerade erst angefangen !

Autonome Antifa (M)
Göttingen, März 90





Abschluß der autonomen A[...] vom 10.[...] im Leipziger Ha[...]

Wir schicken Euch hiermit - mit der Bitte um Veröffentlichung - den Redebeitrag der Autonomen Gruppe, Marburg, "NIEMAND HAT EINE STRATEGIE, WIE DIE ZUSAMMENLEGUNG KONKRET DURCHZUSETZEN IST", der sich mit der allgemeinen politischen Situation ein Jahr nach dem Hungerstreik auseinandersetzt und versucht, ein realistisches Bild vom Zustand der Bewegung für die Zusammenlegung zu vermitteln.

Lieber Helmut!

24.3.

Lieber Rolf-Clemens!

An alle kämpfenden Gefangenen!

Wir grüßen Euch alle. Ganz besonders grüßen wir Helmut Pohl und Rolf-Clemens Wagner!

Obwohl ihr uns wahrscheinlich nicht sehen könnt, so hoffen wir doch, daß ihr uns wenigstens hören könnt! Wir machen diese Kundgebung hier am Knast in Schwalmstadt, heute über ein Jahr nach Beginn des letzten Hungerstreiks, um uns mit Euren berechtigten und bis heute in keiner Weise erfüllten Forderungen nach Zusammenlegung in ein oder zwei großen Gruppen, nach Entlassung der Haftunfähigen, freier Arztwahl und freier politischer Kommunikation und Information für alle Gefangenen und zwischen Drinnen und Draußen zu solidarisieren. Wir machen diese Kundgebung auch, um das staatlich verordnete Schweigen über die Isolationsfolter, wie sie seit Jahren an Euch praktiziert wird, wenigstens einen Moment lang zu durchbrechen.

Wir, das sind Leute aus der weiteren Region, aus dem Rhein-Main-Gebiet, aus Marburg, Gießen, Kassel und Göttingen; größtenteils aus dem autonomen, antiimperialistischen Spektrum.

Diese Rede wird von einer Autonomen Gruppe aus Marburg gehalten, die den Bündnisansatz im Zusammenhang mit der ZL-Forderung während des letzten Hungerstreiks politisch offensiv mitgetragen hat. Einer Gruppe, die heute deswegen über keinerlei Patentrezepte verfügt, weil die Bündnispolitik für die ZL als gescheitert zu betrachten ist - und das aus unterschiedlichen Gründen. Zu diesen Gründen ist schon eine Menge gesagt worden, u.a. von Dir, Helmut, in Deinem Brief vom Oktober '89. Wir wollen nun versuchen, unsere Sicht der Dinge zu schildern.

Ein Jahr nach dem Hungerstreik ist es so, daß die Mauern zwischen Euch so hoch gezogen sind, wie eh und je. Dem Aufbruch vom April '89 ist die Ernüchterung darüber gewichen, daß unsere gemeinsame politische Kraft - drinnen und draußen - nicht ausgereicht hat, eine rasche Veränderung Eurer Bedingungen zu bewirken.

Übrig geblieben von der Mobilisierung zum hs '89 ist die Bereitschaft vieler Gruppen und Einzelpersonen eine politische Auseinandersetzung mit Euch zu suchen, Euch zu schreiben und in die Diskussion draußen mit einzubeziehen. Eine Bereitschaft, die heute tendenziell über das autonome/antiimperialistische Spektrum hinaus bis in kirchliche Basisgruppen reicht.

Diese Initiativen sind sehr begrüßenswert, doch belegen sie gleichzeitig die Richtigkeit Deiner Feststellung vom Oktober '89 , wo du schreibst, Helmut, daß im Zuge dieser Diskussion die eigentliche, zentrale Forderung nach Zusammenlegung immer mehr in den Hintergrund getreten ist.

Falsch ist es jedoch unserer Meinung nach, einen Widerspruch zwischen dieser Diskussion und der Forderung nach ZL zu sehen; daß im Moment die Diskussion im Vordergrund steht, ist eher Ausdruck der allgemeinen Ratlosigkeit in Bezug auf die Durchsetzung der Zusammenlegung und - weitergehend - Eurer Freilassung, die natürlich die beste Bedingung für gemeinsame Diskussion und Praxis wäre.

Wie ist nun diese Ratlosigkeit zu erklären, worin besteht sie?

Wir glauben, daß diese Ratlosigkeit zum einen den gemachten Erfahrungen, den Fehlern und dem schließlichen Scheitern des Ver-

suchs, die ZL im Zuge von Bündnispolitik durchzusetzen, entspringt und zum anderen - weitaus wichtiger - der allgemeinpolitischen Lage, dem veränderten Kräfteverhältnis, weltweit, der sich bis in die letzten gesellschaftlichen Winkel ausbreitenden und sich verfestigenden Hegemonie kapitalistisch-patriarchaler Logik: es scheint, als komme die Geschichte mit dem weltweiten Sieg dieses Systems zum Stillstand. Diesem Zeitgeist kann sich natürlich auch die autonome/antiimperialistische Linke nicht einfach per Willenserklärung entziehen; so gern sie das auch möchte.

Die Bündnispolitik im hs '89 war ein richtiger Versuch, ZL durchzusetzen. Es liegt auf der Hand, daß das Bündniskonzept von einem Zustand der Schwäche, der Krise der gesamten radikalen Linken, seiner autonomen/antiimperialistischen Teile ausging - der Überzeugung, daß keine Fraktion innerhalb der radikalen Linken allein über die praktischen und theoretischen Vorstellungen verfügt, revolutionäre Politik langfristig durchzusetzen, bürgerliche Hegemonie zu durchbrechen. Es ging darum, unter den am Bündnis für die ZL beteiligten Gruppen und Einzelpersonen eine politische Debatte zu initieren. Der Kampf um ZL und für Eure Freiheit sollte damit einen Beitrag dafür leisten, daß die radikale Linke sich an konkreten Fragestellungen neu formiert und die autonomen/ antiimperialistischen Teile zu einem wichtigen Faktor in diesem Formierungsprozeß werden.

Die politische Debatte sollte zum Inhalt haben, daß ihr, die Gefangenen aus der RAF und dem autonomen/antiimperialistischen Widerstand, politische Gefangene aus der gesamten radikalen Linken seid, und daß ihr aufgrund Eures revolutionären Handelns und Denkens diesen zerstörerischen Haftbedingungen unterworfen seit; daß das Mittel Isolationsfolter präventives Mittel, Option zur Bekämpfung auch der anderen Teile dieser Linken ist.

Es ging uns also darum eine Debatte innerhalb der radikalen Linken zu initieren, in der wir unsere politische Arbeit als Autonome und AntiimperialistInnen entfalten wollten - mit dem Ziel Isolationsfolter hier in der BRD als Mittel gegen politische Gefangene abzuschaffen und damit perspektivisch die Hochsicherheitstrakte überhaupt, und damit zu gewährleisten, daß die politischen Gefangenen als das, was sie sind, als Gefangenenkollektiv, an der gesamten politischen Diskussion teilnehmen können. Eine Debatte - im übrigen -, die von der auch heute noch richtigen Überzeugung ausgeht, daß dem Staat die Abschaffung der Isolationsfolter quasi als Reform abzuringen ist, also nicht notwendigerweise mit der Revolution zusammenfallen muß. Eine Bewegung auf die Beine zu stellen, die das zu leisten vermag, war die nicht gelöste Aufgabe im hs '89.

Warum hat das nicht geklappt?

Zunächst Mal vorweg: eigentlich banal, aber trotzdem in seiner Bedeutung fürs Scheitern nicht zu unterschätzen:- die Zeit war zu kurz; die autonome/antiimperialistische Linke betrat mit der Bündnispolitik im Zusammenhang mit der ZL absolutes Neuland; die negativen Erfahrungen, die die autonome/antiimperialistische Linke während des hs mit Bündnispolitik gemacht hat, führten dazu, daß nach dem Abbruch des hs, dieser Ansatz nicht weiter verfolgt wurde. Schnelle Erfolge waren aber ohnehin nicht zu erwarten - zumal das Repressionsmittel Isolationsfolter für den Staat von so großer Bedeutung ist, daß er es nicht schon wegen der ersten zag-

haften Versuche der Neuformierung der radikalen linken Kräfte aus der Hand gibt.

Die Bündnispolitik stellte von Anfang an eine Überforderung für unser politisches Spektrum dar - wir nehmen uns von der Kritik nicht aus. Diese Überforderung drückte sich in der großen Schwierigkeit für weite Teile der autonomen/antiimperialistischen Linken aus, im Bündnis Politik zu machen, sich über die eigenen Inhalte klar zu werden und diese zu vermitteln, in die Debatte einzubringen: einen politischen Begriff von Eurer Praxis draußen, dem bewaffneten Kampf, zu vermitteln, keinen denunziatorischen und auch keinen affirmativen, und einen politischen Begriff von Isolationsfolter zu vermitteln, einen politischen Begriff von ZL, keinen rein humanitären; die Gefangenen nicht als Opfer des Staates darzustellen, die der linken Fürsorge bedürfen, sondern als Revolutionäre und Revolutionärinnen, die sich mit uns zusammen bessere Bedingungen erkämpfen.

Wir sind daran gescheitert, politisch offensiv zu vertreten, und nicht moralisch zu vermitteln, für welche Politik ihr im Knast seid. Dabei geht es nicht um Befürwortung oder Nicht-Befürwortung militanter Politik in der Metropole. (Die Befürwortung bewaffneter Politik konnte natürlich nie zur Voraussetzung der Bündnisfähigkeit gemacht werden: das Bündnis wäre schlichtweg nicht zu Stande gekommen - eine Einsicht im übrigen, wo für manche autonome/antiimperialistische Gruppen die Überforderung schon begann.) Worum es aber hätte gehen müssen, wäre ein verstärktes politisches offensives Eintreten für die Akzeptanz des taktischen Gehalts der sog. "Gewaltfrage" im Bündnis, als Grundlage für einen Solidaritätsbegriff, der die Gefangenen aus der militanten Linken mit einschließt.

Die in der Kürze der Zeit nicht zu lösenden Schwierigkeiten bestanden also u.a. darin, daß wir aufgrund unserer mangelnden politischen Klarheit, unserer fehlenden Einheit, unseres Schielens auf bürgerliche Kräfte von den Gruppen inhaltlich mit Leichtigkeit überrollt werden konnten, die mit ihrer Unterschrift unter die ZL gleichzeitig die Kapitulationsurkunde fundamental-antagonistischer Systemopposition mitunterzeichnet haben. Diese politischen Kräfte von Lochte über die Taz bis zum Osterappell und den Grünen sind nicht politisch offensiv genug ausgegrenzt worden.

Diese Überforderung, die fehlende inhaltliche Klarheit, die mangelnden politischen Kriterien bei der Umsetzung der Bündnispolitik, die "Verwirrung" über Eure neue Politik, Eure Öffnung "gesellschaftlichen Gruppen" gegenüber, bedingten letztendlich das Nicht-Ernstnehmen, die Nicht-Akzeptanz des gesamten politischen Ansatzes von weiten Teilen der autonomen/antiimperialistischen Linken; und damit seines Scheiterns.

Festzuhalten ist, daß das Bündnis '89, wo es Bestand hatte, eine für bundesrepublikanische Verhältnisse breite Palette von linken Individuen, Männer und Frauen aus autonomen/antiimperialistischen Gruppen, aus dem DKP-Spektrum, den K-Gruppen, linken Grünen etc. miteinander ins Gespräch brachte. Seinen institutionellen Ausdruck fand das z.B. in der DKP in ihrem Parteitagsbeschluß, wo die ZL - ohne wenn und aber - unterstützt worden ist, zahlreiche Grüne Orts- und Kreisverbände kamen zu ähnlichen Beschlüssen. War die Situation der radikalen Linken '89 durch eine von der Krise bedingten Offenheit den Ansätzen anderer linker Gruppen gegenüber gekennzeichnet, ist diese Offenheit heute größtenteils in Spaltung, Lähmung und Stagnation umgeschlagen. Stellte bspw. die Marburger DKP 1989 der Marburger ZL-Ini Büroräume für ihre Öffent-



lichkeitsarbeit zur Verfügung, ist sie heute nicht einmal mehr willens bzw. in der Lage, diese Kundgebung politisch zu unterstützen.

Die eskalierende Krise der radikalen Linken drückt sich einerseits in Lähmung, Spaltung und Selbstauflösung in sozialdemokratische und ökologisch-kapitalistische Politikkonzepte aus, und andererseits - im Zuge einer Polarisierung - in zaghaften Versuchen zur Neuformierung der verbliebenen Reste der radikalen und revolutionären Linken - von der heute noch nicht abzusehen ist, ob dies vollends zur Farce wird, wenn etwa im Kostüm des Diskussions- und Kongreßzirkels "Radikale Linke" die Grünen der späten 70er Jahre wieder aufzuerstehen scheinen. Wie dieser Formierungsprozeß ausgehen wird, wie die verbliebenen revolutionären Kräfte sich darstellen werden, ist aber nach wie vor offen. Eins steht jedenfalls jetzt schon fest: radikale, linke Opposition in der Bundesrepublik wird sich darauf einrichten müssen, weitere Jahre am Existenzminimum zu leben, marginale Kraft zu sein. Weiter ist davon auszugehen, daß dieser Zustand weder verbal-radikal verneint, noch militant übersprungen werden kann.

Das ganze Dilemma der Krise revolutionärer Politik in der Metropole kann nur verstanden werden, wenn wir uns über die wesentlichste Bedingung dieser Krise bewußt werden: die sich verändernde internationale Lage, der scheinbar nicht-aufzuhaltende ökonomisch-politische Vormarsch des Imperialismus.

Die Durchdringung Osteuropas mit westlichem Kapital, also: der Sieg des Imperialismus im Kalten Krieg, die sich momentan vollziehende Entwicklung hin auf die schon 1945 von US-Präsident Roosevelt verkündeten Doktrin der "One World", ist zur grundlegenden - negativen - Bedingung der revolutionären Linken in der BRD geworden - ob sie das wahrhaben will oder nicht. Konnten die sich anbahnenden Veränderungen in Osteuropa vor einigen Jahren noch als Chance auf positive Veränderung, auf Entstalinisierung, begriffen werden, so muß heute - mit Fidel Castro - festgestellt werden, daß die Ostblockstaaten die Einladung des Imperialismus, an der Ausplünderung der "Dritten Welt" teilzunehmen, teilweise angenommen haben - wie die DDR -, teilweise selbst von der 2. zur 3. Welt werden - wie Polen, Ungarn, die CSSR.

Der politische Roll-Back läuft auf Hochtouren: nach dem Wahlsieg der "Allianz für Deutschland" in der DDR ist der Anschluß an die BRD nur noch eine Frage der Zeit; der alte Traum westlicher Kriegstreiber geht in Erfüllung, ohne daß ein Schuß hätte fallen müssen: ein größeres Deutschland, daß die ökonomisch-politische Hegemonie über EG-Europa '92 hat, mit einer Billig-Lohnperipherie in Süd-, Ost- und Süd-Ost-Europa und den anderen Neo-Kolonien, weltweit. Die SU ist als Supermacht, als strategisches Gegengewicht gegen den Imperialismus quasi in sich selbst zusammengebrochen, steht westlichem Kapital offener denn je - sogar an die Einrichtung sog. "Freier Produktionszonen" ist gedacht.

Während die SU gemäß der Politik des "Neuen Denkens" den friedlichen Ausgleich mit den USA und den anderen imperialistischen Staaten sucht und Befreiungskämpfe wie etwa in El Salvador, Palästina oder Kurdistan zu "regionalen Konflikten" stilisiert, in die es sich weder mit ideologisch-politischer Parteinahme noch militärisch mehr einmischen will, hat die USA politisch freie Hand, ihre Vorstellung von "Frieden und Freiheit" weltweit zu verwirklichen; so imperialistisch-aggressiv zu verfahren, wie es dem Cha-

rakter dieser Weltmacht nun eben entspricht. Das zeigt sich permanent im Zusammenhang mit der ökonomischen Durchdringung und profitablen Aussaugung ganzer nationaler Ökonomien im Trikont, dem tagtäglich produziertem Hungertod 10.000der mittels IWF und Weltbank. Das zeigte sich zuletzt im Dezember '89 offen und ungeschminkt mit der Panama-Invasion oder mit dem jetzt erfolgten späten Sieg im neun-jährigen Contra-Krieg gegen das Volk Nicaraguas und die FSLN.

Die autonome/antiimperialistische Linke in der BRD wird sich damit auseinandersetzen müssen, daß der Sieg des "Westens" in der Sytemauseinandersetzung, der Zusammenbruch der SU und damit das Ende internationalistischer Parteinahme für die Befreiungsbewegungen und befreiten Länder weltweit, auch ihre eigenen Bedingungen objektiv verändert hat. Die sich z.Zt. aufbauende totale Hegemonie des Imperialismus - von den Metropolen ausgehend bis in den kleinsten Winkel der Welt, ökonomisch, militärisch, politisch, muß notwendigerweise negativ auf die revolutionäre Linke in der Metropole zurückfallen, da deren Perspektive - dem revolutionären Anspruch gemäß - sowohl internationalistisch sein muß, als auch darauf angelegt sein muß, diese auch innergesellschaftliche Hegemonie des Imperialismus zu durchbrechen.

Lieber Helmut, lieber Rolf-Clemens! - Niemand hat eine Strategie, wie die ZL konkret durchzusetzen ist. Und auch, wenn wir Euch gerne bei uns hätten: Eure Freiheit ist momentan nicht zu realisieren. Das einzige, was im Augenblick möglich ist, ist die Diskussion zu führen, die durch die Mauern zwischen Euch und Euch und Euch und uns auf ein Minimum beschränkt ist: über die Perspektive und die Möglichkeiten der revolutionären Linken unter den Bedingungen totaler imperialistischer Hegemonie. Es geht darum, sich jetzt einzumischen in den Prozeß der Neuformierung der radikalen Linken, Perspektiven für radikalen Widerstand zu eröffnen.

In dieser Diskussion, in diesem Formierungsprozeß seid ihr für uns aufgrund Eurer Erfahrung unverzichtbar. Ihr seid die, die den Kampf draußen kompromißlos geführt haben, ihr seid die, die sich unter den extremsten Bedingungen von Isolationsfolter ihre politische Identität bewahrt haben.

Wir fordern:

* Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.

* Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

* Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist. Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, Ali Jansen. Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen.

Außerdem grüßen wir von hier aus die spanischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) im Hungerstreik für ihre Wieder-Zusammenlegung, für die ihr letzte Woche in den Solidaritätshungerstreik getreten seid.

Hoch die internationale Solidarität!



DIE SELBSTERNANNTE AVANTGARDE

Eine kritische Darstellung der Vorgänge um »Knispelkrant« und »Radikal Brechen«

Die Veröffentlichung eines internen Infoladenrundschreibens des Bielefelder Infoladens »Anschlag« durch eine Berliner Gruppe namens »Molotow« in der Interim Nr.84 hat eine Menge Staub aufgewirbelt, der vorher auf der Knispelkrant-Diskussion lag. Anlaß für die Neuauflage (oder Weiterführung - je nach Blickwinkel) der Diskussion war die Warnung des »Anschlag« vor der im Februar erschienenen Zeitung »Radikal Brechen«, bei der die "inhaltliche Nähe zum Knispelkrant, die ja boykottiert wird" (»Anschlag«) auffällt.

Dieser Artikel wird weniger der Frage nachgehen ob die Vermutung zu halten ist, als vielmehr versuchen die Vorgänge um Knispelkrant, die anschließenden Diskussionen und die jetzige Neuauflage verständlich darzustellen. Am Ende soll dann eine kurze inhaltliche Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Revolutionsbegriffen und eine Kritik an den Infoläden stehen.

I. Was ist der Knispelkrant?

Der Knispelkrant ist eine "revolutionäre" Zeitung aus den Niederlanden, die '78 von der "Roten Widerstandsfront" (rvf) ins Leben gerufen wurde. Ziel dieser antiimperialistischen Gruppe, die von '77 - '80 aktiv war, war es "Propaganda für den bewaffneten antiimperialistischen Kampf (...) zu machen: namentlich in der BRD, Italien und Palästina." (Frontline-Info Okt./Nov. 88)

Obwohl nur noch ein Mensch aus der »rvf« an dem Knispelkrant beteiligt ist, blieb das Konzept - Infomationen und Diskussionen über die internationalen Kämpfe zu verbreiten - bestehen.

II. Kurzchronologie der Ereignisse um den Knispelkrant

1986: Erste fundamentale Kritik wird am Knispelkrant geübt; es folgen Boykottaufrufe. Anlaß ist u.a. die Veröffentlichung eines Fahndungsplakates, das einen angeblichen Bullen zeigt und indirekt seine Exekution fordert. Es wird sogar eine Belohnung für die erste Zeitungsmeldung über seine Liquidierung ausgesetzt. Später folgt ein Dementi, aber keine Selbstkritik.

Anfang 87: Über das Thema Verrat kommt der Knispelkrant in Verbindung mit der sog.. »Untersuchungsgruppe«, die sich selbst als "politischer Flügel der Besetzerbewegung" (pvk) bezeichnet. Ihr erklärtes Ziel ist "die alte Bewegung abzubrechen und auf deren Trümmern eine neue. gesäuberte Bewegung aufzubauen." (Frontline-Info)

September 88: Das BesetzerInnencafé »de eeste hulp« in Amsterdam soll wiedereröffnet werden. In der Cafégruppe befinden sich auch zwei Leute aus der »Untersuchungsgruppe«, die sich kurz vor der Eröffnung weigern einen wöchentlichen Frauenabend zu akzeptieren. Sie finden das sektiererisch und übernehmen kurzerhand das Café, indem sie ein neues Türschloß einsetzen.

6.10.88: Der Großteil der übriggebliebenen Cafégruppe "erobert" mit Hilfe von SympathisantInnen das Café zurück.

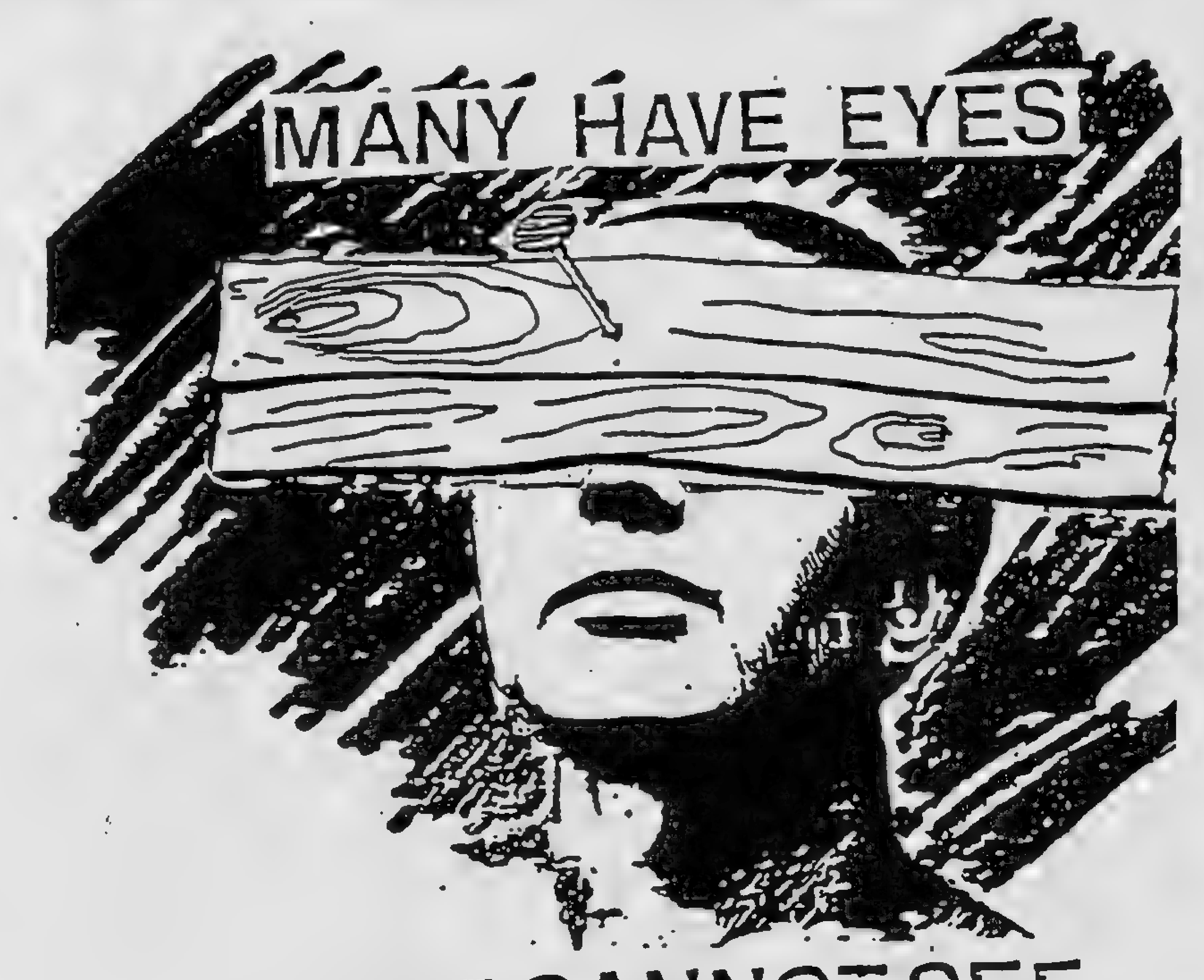
Noch am gleichen Tag schlägt die »Untersuchungsgruppe« - unter ihnen der "Macher" des Knispelkrant - das Infozentrum (Buchladen Slagerzicht/Frontline-Info) kurz und klein. Die Anwesenden werden bedroht, einer so verletzt, daß er sich im Krankenhaus behandeln lassen muß.

27./28.10.88: Die »Untersuchungsgruppe« verwüstet das BesetzerInnencafé »de eeste hulp«.

29./30.10.88: Die gleiche Gruppe wirft die Scheiben des BesetzerInnencafés »de harde kern« sowie einiger Privatwohnungen ein.

Nov. 88: Die Gruppe stellt ein Ultimatum für das besetzte Haus »wicca«. Entweder werden neun Forderungen erfüllt, oder es erfolgt ein Überfall.

Die Szene wehrt sich und beginnt gleichzeitig eine großangelegte Informationskampagne über die Aktivitäten des Knispelkrant und der Unter-



suchungsgruppe. Sie fordern den Boykott des Knispelkrant - mit großem Erfolg.

III. Die Kritik an dem Knispelkrant

Abgesehen von der aktiven Beteiligung an den o.g. Ereignissen wurde dem Knispelkrant folgendes vorgeworfen:

* Ihre anmaßenden dogmatischen Bewertungen, z.B. ob etwas revolutionär ist oder nicht, ob etwas Verrat ist oder nicht etc.

* Das Anwenden von Bullenmethoden (Fahndungsplakate, Verhöre etc.).

* Strikte hierarchische Verhältnisse: Es gab nur einen wirklichen "Macher", der alles bestimmte.

* Ignoranz gegenüber dem NL-Widerstand, d.h. Nichtveröffentlichung von niederländischen Diskussionen und Aktionen.

* Zurückhalten von Erklärungen.

* Das Benutzen von Infos als Tauschobjekte.

IV. Die "Vermittlung" durch das »CCC« (Kollektiv »Klasse gegen Klasse«)

Das »CCC«, die Inhaftierten der »Kämpfenden Kommunistischen Zellen« aus Belgien sind von den Beteiligten (Slagerzicht/Frontline-Info - Knispelkrant/Untersuchungsgruppe) gebeten worden Stellung in der Auseinandersetzung zu beziehen. In ihrem Papier "Betreffend die aktuelle Krise zwischen den revolutionären kämpferischen Kräften in den Niederlanden" ist das »CCC« diesem Wunsch nachgekommen. Dieses z.T. als Vermittlungsversuch gedeutete Papier ist im großen und ganzen nicht mehr als ein Verriß des Frontline-Infos mit der abschließenden Forderung den Boykott gegen Knispelkrant zu verwerfen. Im wesentlichen begründet sich diese Haltung nicht auf inhaltliche Kritik, obwohl es in dem Papier immer so dargestellt wird, sondern einerseits auf die Glorifizierung des Knispelkrant (" ... ein Instrument, das sich dadurch geehrt fühlen kann, daß es der revolutionären Bewegung unermeßliche Dienste geleistet hat.") und andererseits auf juristische Kategorien, wie die mangelhafte Untersuchung der Motive von Knispelkrant/Untersuchungsgruppe. Um diese Haltung zu verdeutlichen, stelle ich noch ein Zitat hintenan: "Für die revolutionäre Kritik besteht das Problem nicht in der Tatsache, daß der pvk "Terror" ausgeübt haben soll, sondern es befindet sich auf dieser Ebene: Gegen wen und warum soll dieser "Terror" stattgefunden haben. Und hier können wir nur erneut die Kritik gegen Frontline-Info umdrehen, das uns anstatt Untersuchungs- und Kritiktatbeständen nur metaphysische Elemente bringt, die ohne jedes politische Ausmaß versehen sind ..."

Hier spielt eine Gruppe militanter Kommunisten Revolutionsgericht, orientiert am Zweck und Nutzen einer Revolution, die nur in ihren Köpfen stattfindet und degradiert Individuen und politische Gruppen zu bloßen Funktionsträgern derselben. Ein armseliger, menschenverachtender Blickwinkel.

V. Die »Radikal Brechen«

Im Februar '89 erschien die Nr.1 der »Radikal Brechen« (RB) - Untertitel: "Zeitung für die antiimperialistische und autonome Bewegung".

Dieser Titel ist wörtlich zu nehmen. Es ist eben nicht eine Zeitung der Bewegung, sondern ein von sich avantgardistisch aufspielenden Kommunisten herausgegebenes Blättchen für die Bewegung. Denn "7 Jahre bei Antiimps und Autonomen sind genug" (ein Titel in Nr.1) und jetzt müssen wir "mit den falschen Methoden und Inhalten radikal brechen!" (ebda)

Mit den Begriffen falsch und richtig wird nur so herumgeworfen. Falsch ist z.B. unser blinder Aktionismus, richtig ist revolutionäre Praxis; falsch ist unser Umgang mit der Konterrevolution, richtig ist es einen klaren Trennungsstrich zwischen Konterrevolution und Revolution zu ziehen. Wichtig ist "unbedingt eine ständige Auseinandersetzung über richtig und falsch in der revolutionären Arbeit" zu führen, bis wir zum Ziel kommen, das da heißt "einen systematischen Plan auszuarbeiten, aus dem sich die nächsten Aufgaben und Schritte ergeben, und hinter dem eine klare Vorstellung von Ziel und Weg der Revolution steht". (ebda)

Aus diesen paar Zitaten wird schon klar, daß die »Radikal Brechen« in ihrer dümmlichen Art sich als moralischer und intellektueller Verwalter der wahren Revolution aufzuspielen dem »Knispelkrant« in nichts nachsteht. Ob wirklich dieselben Leute dahinterstecken, ist letztendlich auch egal. Was bleibt ist die Ablehnung ihres Führungsanspruches in Sachen Revolution (was anderes kann ich dahinter nicht entdecken). Abgesehen davon, daß diese Rolle niemandem zusteht - weil das bereits wieder der Anfang der Unfreiheit ist und mensch bei konsequentem Zuendedenken ihrer Parolen genau bei Revolutionsrichtern und -polizisten, bei Verratsdiskussionen und Säuberungsaktionen ankommt - ist ihr Ziel eines systematischen Plans hin zur Revolution nur



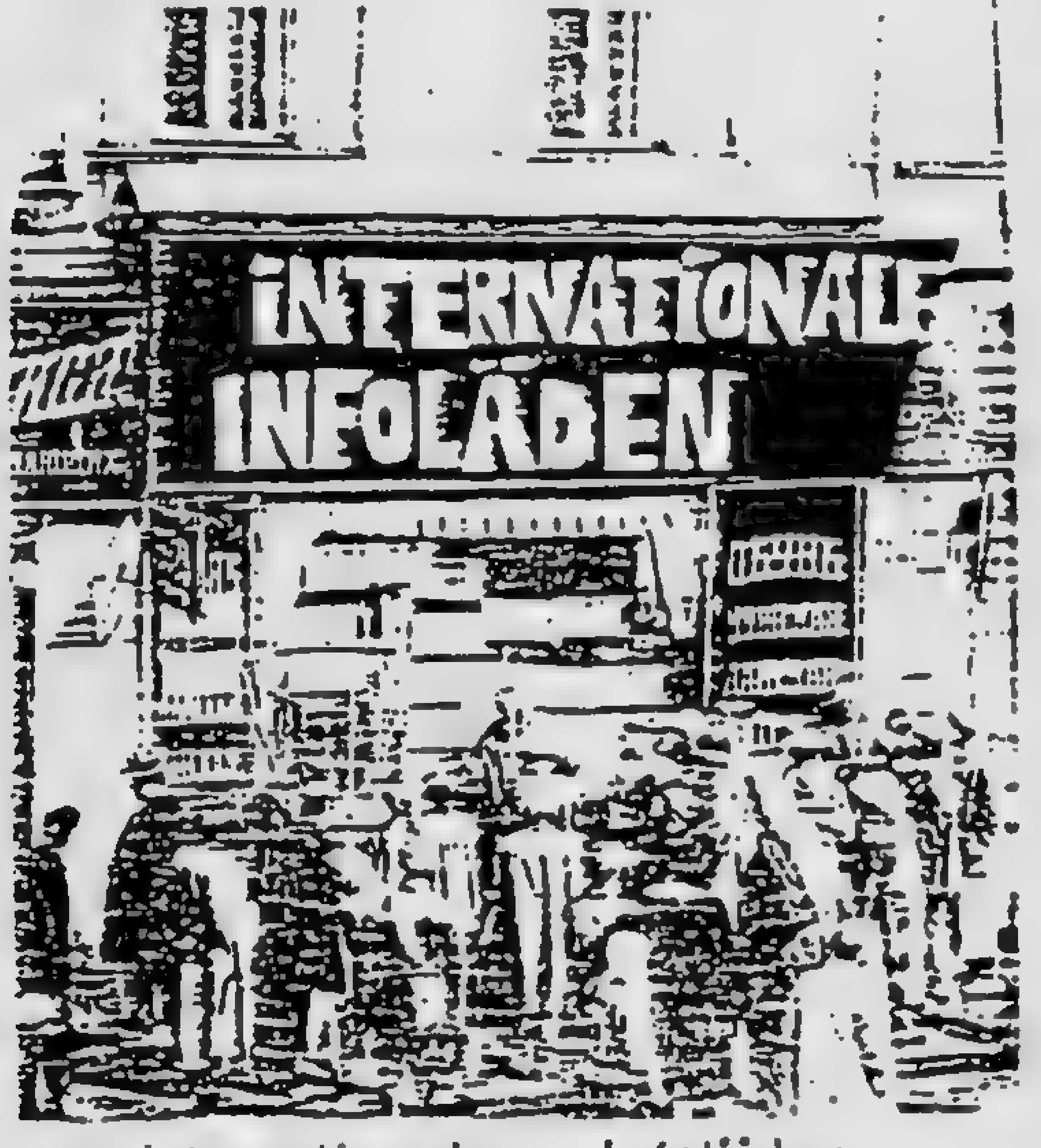
blauäugig zu nennen.

Je konkreter sie werden, desto mehr merkt mensch, daß sie mit den realen Kämpfen nichts (mehr?) zu tun haben: "Deshalb geht es heute darum, den Kampf zur Zerschlagung des westdeutschen Polizei-, Justiz- und Beamtenapparates und vor allem der Bundeswehr als Hauptbestandteil des Staates langfristig zu planen und vorzubereiten." (ebda)

Endgültig war bei mir der Ofen aus, als ich in der Dokumentation internationaler Infoläden zum Knispelkrantboykott las, daß sie (die RB) nicht nur das alte Haupt- und Nebenwiderspruchsgeschwafel aufrechterhalten, sondern auch den "Feminismus (...) ideologisch bekämpfen müssen." (Da fällt mir dann doch wieder die Auseinandersetzung über den Frauentag in »de eeste hulp« ein).

KAUFT DEN SCHEISS NICHT !

Dokumentation der Diskussion um den Boykott der Knispelkrant



von internationalen Infoläden

VI. »Molotow«

Im Dezember (Nr.84) lag der »Interim« (wöchentl. Berliner Info) das bereits erwähnte Flugblatt der Gruppe Molotow bei, das außer einer eigenen Stellungnahme das Papier des »CCC« und das Rundschreiben des Infoladen »Anschlag« (erstmals dort veröffentlicht) beinhaltete. Der Titel der Stellungnahme von Molotow: "Wer keine Untersuchungen anstellt hat auch kein Mitspracherecht" zeigt



bereits die inhaltliche Nähe zum »CCC«, die durch den Vorwurf ans Frontline-Info Manipulationen begangen zu haben noch verdeutlicht wird.

Molotow wirft in diesem Zusammenhang den Infoläden "die bewußte Unterdrückung von Stellungnahmen" vor und meint damit die "Nichtverbreitung des Textes der »CCC«" sowie die Weigerung des Infoladen Anschlag die »Radikal Brechen« auszulegen. Sie sehen darin die Verweigerung einer Diskussion, was seinen Grund angeblich in irgendwelchen dubiosen Konkurrenzgedanken hat. Diese Haltung ist für sie als "kontraproduktiv, als konterrevolutionär" anzusehen, d.h. zu verurteilen.

Ihre Schlußfolgerung ist eine unverhohlene Drohung: "Wenn sich weiterhin Infoläden über unsere Köpfe als Inquisitoren gegenüber unliebsamen Meinungen aufspielen und meinen die Gralshüter der reinen Lehre zu sein, werden wir nicht länger tatenlos zuschauen, sondern behalten uns vor, in Zukunft praktisch zu intervenieren."

Abgesehen davon, daß die Kritik an den Infoläden nicht berechtigt ist - das »CCC«-Papier ist laut Anschlag seit August 89 in den Infoläden vorhanden - zeigt Molotow durch die Bewertung "konterrevolutionär" in Beziehung auf Infoläden genau die Gralshütermentalität, die sie eben jenen vorwirft. Jede Abweichung von der einzig revolutionären Linie wird - genau wie vom »CCC«, der »Radikal Brechen« und letztlich auch von Knispelkrant/ pvk-Spektrum - blindlings in ihr Gegenteil, die Konterrevolution verkehrt. So stellt ein Redakteur der Interim in seinem Kommentar zur Beilage der Gruppe Molotow irritiert die Frage: "Soll das etwa heißen, daß ihr die Infoläden als möglichen Hauptfeind in dem Kampf gegen den Imperialismus entlarvt habt?"

VII. Anschlag und Infoladenpolitik

In der Interim Nr.86 hat der Bielefelder Infoladen Anschlag eine Antwort auf die Molotow-Beilage veröffentlicht, um die Kritik der Unterdrückung von Stellungnahmen zurückzuweisen (Bsp. »CCC«) und ihre Kritik an der »Radikal Brechen« zu erneuern, da die "MacherInnen dieses Blattes objektiv Bullenarbeit übernehmen". Leider wird diese Behauptung nicht untermauert, vielleicht auch deshalb, weil der Versuch der »Radikal Brechen« den Widerstand zu spalten zu offensichtlich ist. Es bleibt jedoch unklug dem Vorwurf der Polemik so offen die Stirn zu bieten.

Ein qualitativ neuer Aspekt in dem Anschlag-Artikel ist die Kritik an dem Molotowschen Konsumverhältnis gegenüber den Infoläden. Attestiert wird - und das nicht nur bei Molotow - die fehlende Eigenverantwortung für die Vermittlung eigener Inhalte, wodurch Hierarchien Vorschub geleistet wird. "Wir wollen jede/n Einzelne/n mit in die Verantwortung nehmen. Sei es dadurch, dafür Sorge zu tragen, daß in den Läden die wichtigsten Infos vorhanden sind oder sei

es durch die Eigeninformation und Einbringen in die laufenden Diskussionen." (Interim Nr.86)

So richtig und wichtig ich diese Aussage finde, weil sie zeigt, daß die Infoläden wirklich "Teil des Widerstandes in der BRD/Westeuropa" (ebda) sind und sich nicht als Speerspitze der Revolution aufplustern, ist es faktisch genauso richtig, daß sie einige interne Papiere wie z.B. die Warnung vor der »Radikal Brechen« von der verantwortungsvollen Information ausklammern. Die Veröffentlichung des internen Rundschreibens ist "die Offenlegung eines Teils unserer Strukturen" (ebda) und damit offensichtlich für die Anschlag-Leute eine "Gefährdung dieser Strukturen". Doch auch nach mehrmaligem Durchlesen des Rundbriefes kann ich nichts entdecken, was diese Gleichsetzung von Offenlegung und Gefährdung rechtfertigt - nichts was kriminalisiert werden könnte, nicht mal neue aufschlußreiche Fakten für das K-14-Archiv.

...bversivität und umfassende Information schließen sich bis zu einem gewissen Grad aus, beides sollte an geeigneter Stelle eingesetzt werden. Das gleiche gilt für die internen Infoladen-Treffen und auch für die ihrer Arbeitsgruppen. So konnte mensch - falls, wie ich, nicht anwesend - vom letzten Treffen der Ex-"Knispelkrant-Arbeitsgruppe" quasi nur unter der Hand Informationen bekommen. Da mündliche Weitergabe nicht gerade eine weitverbreitete Struktur unserer Szene ist, gehen die Diskussionen verloren. Auch für dieses Treffen gilt - soweit meine Informationen stimmen - daß die Inhalte nicht zwangsläufig geheim gehalten werden müssen. Ich wünsche mir von den Infoläden mehr Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache, gerade weil sie Teil des Widerstandes sind.

VIII. Abschließende Bemerkungen zur Revolution und zur Krise der Linken

"Wir sind der Meinung, daß dieser Konflikt zwischen sich als radikale und revolutionäre Linke bezeichnenden Gruppen nicht spezifisch für Amsterdam ist. Im Gespräch mit v.a. türkischen Kameraden wurde klar, daß dieser Konflikt überall dort entstehen kann, wo sich revolutionärer Kampf und revolutionäre Strukturen entwickeln, die sich von einer avantgardistischen, autoritären Form von "Revolution" distanzieren." (Frontline-Info Okt./Nov.88)

Daß es wesentliche Unterschiede zwischen den Revolutionsbegriffen der angeführten K-Gruppen und denen des autonomen und anarchistischen Widerstandes gibt ist nicht zu übersehen. Fest machen lassen sie sich besonders krass an der Bedeutung der Subjektivität im revolutionären Prozeß und an dem Komplex Organisation/Strategie. Die Frage nach der Subjektivität ist von uns zu gunsten derselben beantwortet worden, Revolution ohne gleichzeitige Einbeziehung der sozialen Kämpfe (Abarbeitung des Patriarchats etc.) undenkbar. Anders, wenn es um Fragen der Organisation bzw. Strategie geht. Hier liegt unser selbstattestierter Schwachpunkt. So wird z.B. die aktuelle Krise der Linken immer auf ein Fehlen an Strategie, Verbreitung, Volksnähe, Effektivität etc. zurückgeführt. Eine verstärkte Diskussion darüber ist dringend notwendig.

Dieser Beitrag stammt ebenfalls aus der münsteraner anarchistischen Zeitschrift "Projektil"


KENNEN SIE IHRE NACHBAR]NNEN SCHON ?
NEIN?
DANN KOMMT ZUM
LÜBBENER STRASSENFEST
31.3.90
ab 14⁰⁰ Uhr
Lübbi
Kinderfest
Musik + on stage + auf der Straße
ESSEN + TRINKEN
+ viele Attraktionen auf'm Pflaster
BIERVERKAUF NUR VON DER LÜBBI 29

ZEITBOMBE ATOMMÜLL

Wissen Sie
...wieviel Atommüll jährlich in bundesdeutschen Atomkraftwerken anfällt?
...wo dieser Müll bleibt?
...wie gefährlich dieser Müll ist?
...welche Probleme beim Abbau ausgedienter Atomkraftwerke entstehen?
...welche Gefahren durch militärischen Atomschrott drohen?
Das wissen Sie nicht?
Dann sollten Sie das vierseitige Infoblatt ZEITBOMBE ATOMMÜLL lesen.

ATOMENERGIE - WAS HABEN WIR IN BERLIN DAMIT ZU TUN?

In unserer Stadt gibt es viele atomare Gefahrenquellen. Wissen Sie z.B.
...wo unser Schrottreaktor steht?
...welche Gefahren von ihm ausgehen?
...wo sich unser Atommüll-Lager befindet?
...was dort alles schon passiert ist?
...wieviele Atomtransporter täglich durch unsere Straßen fahren?
...was dabei passieren kann?
...welche Firmen sich eine goldene Nase im Atomgeschäft verdienen?
...mit welchen hochgefährlichen radioaktiven Stoffen
in unseren Schulen experimentiert wird?
...wie der Atomstromlieferungsvertrag von Momper, Mitzscherling, [illegible].
unser Leben verändern wird?
Nein, das wissen Sie nicht? Dann lesen Sie das vierseitige Infoblatt
ATOMENERGIE - WAS HABEN WIR IN BERLIN DAMIT ZU TUN?
Bezug über die ANTI-ATOM-GRUPPE STEGLITZ / FRIEDENAU
c/o Ekkehard Skoring, Rheinstraße 12/13, 1000 Berlin 41
gegen Einsendung von Briefmarken (niedrige Werte) oder Scheck:

1 Exemplar	1 DM	incl. Porto und Verpackung
10 Exemplare	5 DM	" " " "
100 "	25 DM	" " " "
1000 "	125 DM	" " " "

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

So Ihr Lieben, falls ihr es immer noch nicht mitbekommen habt, der Redaktionschluß für die Termine ist MONTAGS. Da inzwischen die meisten wieder am Dienstag eintrudeln und ich keine Lust habe mir die Finger wundt zuschnippeln, fliegen die in Zukunft raus. Ausnahmeregelungen siehe unter jeden Montag. Leicht abgenervt t.

Jeden Tag

Wenn im **Hungerstreik der spanischen Gefangenen** die erste Person ermordet wird: Am selben Tag um **20.00 VV** im Drugstore, Potsdamer Straße 180

Info-Tel. 04221/74945 oder schriftlich: Infotelefon c/o ALBUM, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Lesbisch-feministisches Infozentrum & Treffpunkt Kohlfurther Str. 40. Tel.: 614 94 98

13.00 - 20.00 Besetztes Infocafe in der Lübbenerstr. 29

14.00 - 18.00 Stadtteilladen Rat und Tat, Liebenwalder Str. 16

14.00 - 20.00 Infocafe in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen in der Remise Danckelmannstr. 54a

16.00 - 18.00 Infocafé Vamos, freitags nur für Frauen. In der Marchstr.

Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Cafe Geschwulst im Keller des OSIs in der Ihnenstr. 22.

Di. - Do. ab 15.00 A-Laden Moabit, Rathenower Straße 22

Donnerstag, 29. 3.

19.00 "Die Mitläufer" Wochenschaufragmente und Spielfilmszenen, die den Alltag der einfachen Menschen im Faschismus porträtieren. Im El Locco

19.30 2. Vorbereitungstreffen zum 3. überregionalen, autonomen ++-Treffen. -Text wie letzte Woche. Im Mehringhof.

20.00 "Deutscher Anarcho-Syndikalismus" Vortrag über die Anfänge der Freien ArbeiterInnen Union (FAU). Heute ist sie (noch?) eine unbedeutende und kleine Gewerkschaft. Ihre Hochzeit hatte sie in den 20er Jahren als in Deutschland noch sozial-revolutionäre Winde wehten. In dieser Zeit setzt der Vortrag an, will aber auch diskutieren was eine syndikalistische Gewerkschaft ohne Bonzen und Hierarchie bewirken könnte. Im A-Laden, Rathenower Str. 22

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Zwei Figuren leben in einem Haushalt, der eine ein Kid, ist ein Computerfreak, der andere, der Alte, hat den Übergang von Mechanik zu Elektronik noch nicht vollzogen. Im El Locco.

Jeden Donnerstag

16.00-22.00 Frauentag im Infocafé Lübbenerstr. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

Freitag, 30. 3.

21.00 "Unter Mexikos Sonne" USA/GB 1930/39. Que viva Mexiko war der Titel des Films, in dem Eisenstein die Geschichte Mexikos von der indianischen Urkultur über die spanische Eroberung, Christianisierung, Feudalherrschaft und Revolution bis zur Gegenwart darstellen wollte. Der Film wurde so nie vollendet. Deshalb gibt es ein Fragment davon im El Locco, Kreuzbergstr. 43

21.00 **Filmnacht** mit Videos über den **Häuserkampf.** In der Köpenicker Str. 137. Berlin, Hauptstadt der DDR.

20.00 **Prozeßkostenfeté** mit Goofy droopy eyes Midget All Stars und die Hosenscheißer für die Prozeßkosten vom Bullenüberfall auf's Drugstore am 22. 3.'87 Ebenda, Potsdamer Str. 180. Eintritt frei

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

19.00 Volksküche immer vegetarisch, nie Alk, im besetzten Infocafé Lübbenerstr. 29.

21.00 - 3.00 Café des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 31. 3.

14.00 Straßenfest, Kinderfest, Musik, Essen + Trinken und vielen Attraktionen. In der Lübbenerstraße

14.00 - 20.30 BRD/DDR-Treffen gegen Rassismus und Wiedervereinigung. Arbeitsgruppen zu den Themen Wiedervereinigung, Rassismus und Sexismus, politische Unterdrückung, Antimilitarismus, Wirtschaft und Betriebe, Fortsetzung am Sonntag. Im OSZ, Wrangelstraße 98

21.00 "Unter Mexikos Sonne" Siehe 30. 3. Im El Locco

21.00 Feté zum Treffen gegen Rassismus und Wiedervereinigung mit Sidewalk Poets (Westberlin) und Fluchtweg (Ostberlin): Eintritt 7 DM/M. In der Alten TU-Mensa, Hardenbergstr. 34

21.00 Kiezdisco: "Solidarität mit Eelam" Der Überschuß geht an Tamilische Basisprojekte. Videos: "Aufschrei der TeeplantagenarbeiterInnen" und "Frauen im Feuer". In der SfE, Mehringhof

jeden Samstag

11.00 - 14.00 Frauentag in der M99

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.

16.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 1. 4.

10.00 - 13.00 Treffen gegen Rassismus und Wiedervereinigung. Fortsetzung vom Sa., Plenumsdikussion "Situation nach den Wahlen in der DDR und Perspektiven". Im OSZ, Wrangelstraße 98

13.00 Demo gegen Rassismus und Wiedervereinigung. Treffpunkt: Schlesisches Tor

16.00 Treffen von NeuköllnerFrauen **gegen Anmache, Angriffe und Vergewaltigung...** In der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61.

13.00 Zwischen den Zeiten Das brachliegende Gelände des Gleisdreieckes ermöglichte eine Entwicklung der Vegetation die sonst nirgendsmehr in Berlin zu sehen ist. Jedoch ist ziemlich sicher, daß diese Ära bald zu Ende ist und der weiteren rücksichtslosen industriellen Expansion Platz gemacht wird. Im El Locco

20.30 **"Demokratisierung zum Sturz der Sandinisten"** Bericht von zwei GenossInnen aus Westberlin, die zur Zeit der Wahlen in Nicaragua waren. Dias, Diskussion Im EX

21.00 "Mephisto" Ungarn/BRD/Österreich '80. Aufstieg des Theaterschauspielers Hendrik Höfgen vom Provinzmimen zum Intendanten der Berliner Staatsschauspiele während der Nazizeit: Das Psychogramm eines karrierebessesenen, der seine Überzeugung dem Erfolg opfert und seinen zwangsläufigen Opportunismus mit genialischem Künstlergehabe vor sich und anderen zu rechtfertigen versucht. Unter Verwendung des polemischen "Schlüsselromans" von Klaus Mann (Höfgen trägt die Züge Gustaf Gründgens), erweitert die Regie die Geschichte zum Modellfall und reflektiert über die Beziehungen und Widersprüche zwischen Kunst und Politik, Moral und Macht, Identität und Rollenspiel. Im El Locco

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56 diesmal mit Veranstaltung zum Werra-Block

14.00 Koordinierungstreffen der VertreterInnen der Gruppen die die Aktionswoche **Wedding bebt - Wedding lebt** für Ende April vorbereiten. Im SEW-Gebäude, Weddingstr. 6, U-Bhf Nauener Platz

16.00 ++-Klezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. Kinder sind erwünscht.
Diesmal: **Vermittlung und Diskussion: Der 8. März und die "Interimaffäre"**

ab **18.00 Klezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

Montag, 2. 4.

2.4.

18.00 Vorbereitungstreffen der Taxistas für den **Shell-Aktionstag.** Im Blauen Salon, Mehringhof

18.00 **Knastkundgebung** zur Unterstützung des Hungerstreiks. Am Knast Moabit

20.30 **"23 Stunden"**, Video über die Eindrücke aus der Untersuchungshaft in Westberlin. 6 ehemalige U-Häftlinge schildern die Bedingungen und die Unterschiede zur Strafhaft. Im Syndikat, Weisestr.

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender. Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.) und mindestens zwei Tafeln Marabou oder Toblerone!!!

Lesbentag im Café Anna(l), Muskauer Str.15

15.00 Frauencafé im A-Laden, Rathenower Straße 22

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 geöffnet

18.00 - 20.00 Antifajugendcafé im Infoladen Lunte.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

19.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

Dienstag, 3. 4.

19.00 "Aufrecht gehen - Rudi Dutschke" Bilder aus dem Leben eines antiautoritären Rebellen und Statements seiner WeggefährtInnen. U.a. mit einem Interview mit Carola Bloch, in dem sie nicht nur für die Gewalt gegen Sachen plädiert, sondern auch gegen Menschen, die dem Fortschritt schaden. Im El Locco

21.00 "Der Perfekte Mord" Dokumentationsvideo über die Justiz im "Dritten Reich" und die in der BRD kaum erfolgte Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen. Mit Vorfilm: "Nicht schuldig". Im El Locco

jeden Dienstag

16.00 - 20.00 Antifakneipe im Krümel Weserstr.155

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 - 22.00 Ermittlungs ausschuß (EA) Tel.: **692 22 22** im Mehringhof

Mittwoch, 4. 4.

17.00 "Die andere Seite der Medaille - Die Falklands" Dokumentation über den Krieg um die Falklands-Insel zwischen GB und Argentinien. Im El Locco

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00 - 19.00 MieterInnen-café in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin" Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

18.00 **antifaschistisches Jugendcafé** mit Kickern Tischtennis, Musik hören, Getränken, Infomaterial und irgendwann auch hoffentlich Videos. Im Drugstore, Potsdamer Str. 180

19.00 Treffen der ImmernochvolkszählungsboykotteurInnen im Blauen Salon, Mehringhof

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

20.00 Antifa-Kneipe jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat im Falckeladen, Falckensteinstr.46

Donnerstag 5. 4.

5.

13.00 **IWF-Prozeß** wegen Vermummung und Widerstand auf der Donnerstagsdemo, 29. 9. 88. Im Amtsgericht Turmstr.

Sa. 7. 4.

Hoffest in der Lindenstr. 40/41 Keine Wohnraumvernichtung, keine Räumung. Siehe Flugi in der Nr. 94

Es rappelt in der Kiste..

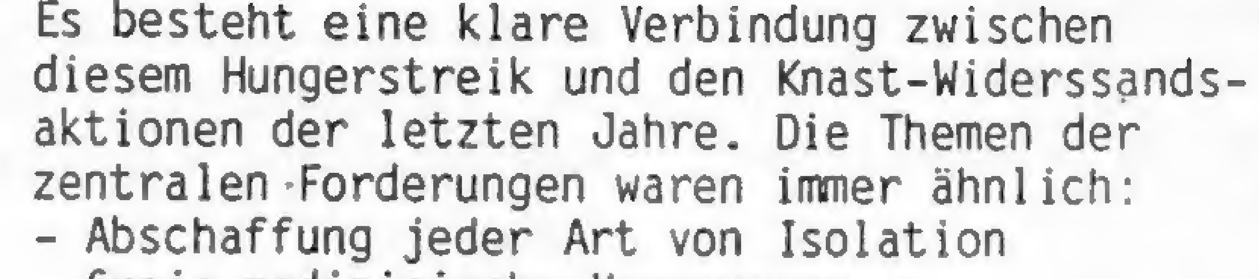
Knastkampf in Moabit

Am 26.02.90 haben vier Untersuchungsgefangene einen Hungerstreik begonnen, dem sich nach zwei Tagen zwei weitere Gefangene anschlossen. Zur gleichen Zeit gründeten Gefangene eine unabhängige Insassenvertretung, über die sie mit dem Senat in Verhandlungen treten wollen. Nach einer Woche unterbrachen sie den Hungerstreik, um noch mehr Menschen für eine gemeinsame Aktion zu mobilisieren.
Am 19.03. haben ca. 250 Gefangene (Untersucher und Strafer) Essen und/oder Arbeit verweigert. Mindestens 50 von ihnen sind in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Die vorrangigsten Ziele ihres Kampfes sind:
- Beendigung des 23-stündigen Einschlusses
- Anerkennung der bereits gebildeten unabhängigen Insassenvertretung
- Aufhebung des Verbots für ausländische Gefangene, sich mit ihren BesucherInnen in ihrer Muttersprache zu unterhalten.

Dies sind nur einige der zahlreichen elementaren Forderungen der Gefangenen. Sie beschreiben damit nicht nur die unhaltbaren Zustände in der JVA Moabit, sondern stehen mehr oder weniger exemplarisch für den derzeit praktizierten U-Haft- und Strafvollzug bundesweit.

Die Verbreitung von Infos und die Diskussion darüber wird im Knast völlig vom Apparat bestimmt. Die Gefangenen sind isoliert und haben kaum Möglichkeiten, sich über die kontrollierten Kontakte hinaus auszutauschen. Zudem sind sie wegen ihres Kampfes einer zusätzlichen Repression ausgesetzt (Arrestzelle, Besuchsverbot, Verlegung, Sport- und Arbeitsverbot etc.) Um sie davor zu schützen, ist eine breite Mobilisierung innerhalb und außerhalb des Knastes notwendig. Die Forderungen können nur durchgesetzt werden über eine breite praktische Unterstützung auch von außen, um gemeinsam Druck auf Senat und Anstaltsleitung auszuüben.





Es besteht eine klare Verbindung zwischen diesem Hungerstreik und den Knast-Widerssandsaktionen der letzten Jahre. Die Themen der zentralen Forderungen waren immer ähnlich:
- Abschaffung jeder Art von Isolation
- freie medizinische Versorgung
- Abschaffung von Zwangsarbeit und Zensur

Dies gilt für die letzten beiden Hungerstreiks im Frauenknast Plötzensee 1987 und 1989, für den Arbeitsstreik im Männerknast Tegel sowie auch für den letztenHungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand Anfang 1989. Die Zugeständnisse, die hierbei erkämpft wurden, sind letztendlich zum großen Teil nicht eingehalten worden. Die Frauen in Plötzensee haben beispielsweise immer noch kein Kommunikationszentrum. Die Forderungen, die die Moabiter Gefangenen jetzt aufstellen, beschränken sich nicht nur auf ihre spezielle Situation, sondern sind relativ umfassend und somit auch auf andere Knäste übertragbar. Dadurch besteht die Möglichkeit für Gefangene in anderen Knästen, diesen Kampf gleichzeitig mit eigenen Aktionen zu unterstützen. In Tegel überlegen schon einige Gefangene, einen erneuten Arbeitsstreik für die gleichen Forderungen aufzunehmen.

Die praktische Unterstützung von außen und die Gleichzeitigkeit der Kämpfe drinnen können zusammen den nötigen Druck erzeugen, um die Forderungen durchzusetzen!

Wenn ihr euch an Aktionen im Knast beteiligt, nutzt jede Möglichkeit, es auch nach draußen zu tragen.
Schreibt an:

"Hungerstreik" c/o Verlag Schwarze Seele, Falckensteinstr. 46, 1000 Berlin 36

Teilt uns mit, wer euer Anwalt ist, damit ihr schneller erreicht werden könnt.



Solidarisiert euch mit den Forderungen der Gefangenen!
Kommt zur Knastkundgebung am 02.04.90 um 18^{00} vor dem Knast Moabit!
Überlegt euch was, unterstützt den Hungerstreik praktisch!